

INTELFORM 5

FORM NO. 51-61
MAY 1949

CLASSIFICATION

SECRET

SECURITY INFORMATION

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

INFORMATION REPORT

REPORT NO. [REDACTED]

CD NO.

25X1A

COUNTRY Germany (Russian Zone)

DATE DISTR. 31 Jan. 1952

SUBJECT Information Bulletin of the German Railroads

NO. OF PAGES 1

PLACE 25X1C
ACQUIRED [REDACTED]

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW) 1 booklet

DATE OF INFO 25X1A
ACQUIRED [REDACTED]

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

[REDACTED]

25X1X

Attached for your information and retention is a copy of the Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn, information bulletin of the German Railroads, dated 29 October 1951.

25X1A

THIS DOCUMENT HAS AN ENCLOSURE ATTACHED
DO NOT DETACH

25X1A

FEB 16 11 57 AM '52
W/S

CLASSIFICATION

SECRET

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION						
ARMY	AIR								

25X1A

SECRET

25X1A

Mitteilungsblatt



Deutschen Reichsbahn

THIS IS AN ENCLOSURE TO
DO NOT DETACH



**Es lebe die Freundschaft
des deutschen Volkes mit
den Völkern der Sowjetunion!**

Herausgeber: Deutsche Reichsbahn
Generaldirektion
Berlin W 8, Voßstraße 33

AUS DEM INHALT:

	Seite
1. Zum 34. Jahrestag der Gro- ßen Sozialistischen Oktober- revolution	247
2. Nordwestdeutsche Verkehrs- arbeiter fordern Herstellung der Aktionseinheit	248
3. Wer kann helfen?	249
4. Vorsicht bei der Verwen- dung von Altmaterial	251
5. Verfügungen und Bekannt- machungen	251
6. Hinweis auf Veröffent- lichungen im Gesetzblatt ...	265

Nr. 14 Berlin, 29. Okt. 1951 **Jahrg. II**

SECRET

INHALTSVERZEICHNIS

DER VERFUGUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN

Im Monat Oktober 1951 sind erschienen: Mitteilungsblatt Nr. 13 und Anlage A

	Seite		Seite
Zum 34. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution	247	An alle Mitarbeiter der Paketannahmestellen der Generaldirektion Deutsche Reichsbahn und Reichsbahndirektion der Länder	249
Nordwestdeutsche Verkehrsarbeiter fordern Herstellung der Aktionseinheit	248	Warenbegleitschein M 70 a Vor- und Rückseite	250
Neue Rekordleistung der Jugend-Lokbrigade „Walter Ulbricht“. Hunderttausender-Bewegung im Güterzugverkehr	249	Vorsicht bei Verwendung von Altmaterial	251
Wer kann helfen?	249	Gleisbauzug 1, Reichsbahndirektion Schwerin, senkt die Selbstkosten durch erhöhte Leistungssteigerung ..	251

Technisches Amt

			Seite
GDR 467 Vereinfachte Bearbeitung von Verbesserungsvorschlägen			251

I. Betrieb

			Seite				Seite
Cottbus	72	La der RBD Cottbus Teil A	252	Schwerin	55	Betriebsdienst. Berichtigungen zum AzFV der RBD Schwerin	252
Dresden	125	Unterhaltung der Gleiswagen	252				
	126	Blockstelle Hirschmühle	252				

II. Reiseverkehr

			Seite				Seite
GDR	468	Sperrung eines Freifahrausweises ..	253	GDR	472	Fahrausweis für Familienheimfahrten der Reichsbahnbeschäftigten	255
	469	Übereinkommen über die gegenseitige Benutzung der Personen- und Gepäckwagen im internationalen Verkehr (RIC)	253	Dresden	127	Geltungsdauer der Fahrausweise ..	255
	470	Aufbewahrung von Gepäck	254		128	Schulverzeichnis	255
	471	Platzkarten	254	Schwerin	56	Verlust von Dienstaussweisen und einer Fahrkarte	255

III. Güterverkehr

			Seite				Seite
GDR	473	Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels	255	Dresden	129	Schadwagenverwendung	255
	474	Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels	255	Halle	90	Gebührenerhebung bei der Anschlußbedienung	256

V. Reichsbahnausbesserungswerke

			Seite				Seite
GDR	475	Unterschrift der Werkbestellzettel ..	256	GDR	477	Vorrichtungswesen	257
	476	Unsachgemäße Behandlung von Manometern	256				

VII. Sicherungs- und Fernmeldewesen

			Seite
GDR	478	Flankenschutz der Fahrwege	257

VIII. Planung und Statistik

			Seite
GDR	479	Befragung von Reichsbahndienststellen durch Dritte	258

IX./X. Materialbeschaffung, Einkauf

			Seite				Seite
GDR	480	Sammlung von Ferro-Silizium aus Azetylenanlagen	258	GDR	481	Isoliermatten voll aus Glasgarne-webe gefertigt	258

XI. Finanzen und Betriebswirtschaft

			Seite				Seite
GDR	482	6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung	259	GDR	483	Betriebswirtschaft. Aufteilung des Wi-Bereiches Bw 32	260

Fortsetzung siehe auf 3. Umschlagseite

Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn

Herausgeber: Deutsche Reichsbahn, General-
direktion Berlin W 8, Voßstraße 33 / Tel. 67 00 15
App. 33 619 und 33 404, nach Dienstschluß 25 038
Chefredaktion: Hans Mikisch, Pressestelle

Nr. 14

Berlin, den 29. Oktober 1951

Jahrg. II

Zum 34. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution

Am 7. November 1951 jährt sich zum 34. Male der große Umschwung in der Geschichte der Menschheit. Es ist der Sprung aus dem Reich der Notwendigkeiten in das Reich der Freiheit vollzogen worden. Auf einem Sechstel der Erde haben die Menschen ihre Geschicke unter Führung der Arbeiterklasse bewußt selbst in die Hand genommen.

Das Große an diesem Geschehen besteht aber weniger darin, daß das sowjetische Volk seine ökonomische und politische Umgestaltung selbst in die Hand nahm, sondern vielmehr darin, daß sich dieser Umschwung bereits in weitestem Maße ausgewirkt hat und sich noch weiter auswirken wird auf die Entwicklung der Menschheit und ihre Lebensformen in der ganzen Welt. National unterdrückte Völker wurden befreit. Die Bewegung der Arbeiterklasse bekam nicht nur einen festeren Aufschwung, sondern trat jetzt mit ihrer Kampfform und dem Bewußtsein des Sozialismus Zug um Zug klarer nach vorn. Darüber hinaus haben wir erlebt, daß der große ökonomische Umschwung des sowjetischen Volkes, ihre Erfahrungen der Arbeit, ihre neue Lebensform und ihr kultureller Aufschwung sich auf die gesamte fortschrittliche Bewegung der Welt verbreitet hat. Nur dank der riesigen Kraft, aus dem Volk geboren, konnte die Sowjetunion die Geißel des Faschismus niederschlagen und so Millionenmassen auf der Erde eine neue Anbahnung ihres Lebens schaffen. Die Volksdemokratien, das große China, der Kampf des koreanischen Volkes, die neu entfaltete Kampfkraft der fortschrittlichen Kräfte in der Deutschen Demokratischen Republik und vor allem die nach Hunderten von Millionen zählende organisierte Friedensbewegung der ganzen Welt sind ein sichtbares Zeichen des ideologischen Aufschwungs. Ruhm und Ehre den Helden, die ihr Leben dafür gaben, der Menschheit den neuen Weg zu ebnen. Dank der Sowjetmacht für die Beseitigung all der Hindernisse, die der Entwicklung hemmend im Weg standen, und die heute zum führenden Faktor der Aufwärtsentwicklung der gesamten Menschheit geworden ist.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution war der Wendepunkt zur Entfaltung der Kraft, die heute in der ganzen Welt sich anschickt, allen Kriegstreibern und reaktionären Kräften für immer ihr blutiges Handwerk zu legen. Vorwärts zu neuer Kraftentfaltung. In der ganzen Welt gilt es zu verwirklichen, die Menschheit in vollem Umfang für ihre eigenen Ziele und für ihr besseres Leben aufbauend wirken zu lassen. So gedenken wir der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution als des Marksteins in der Geschichte der Menschheit, gedenken der großen Vorbilder Lenin und Stalin, die zum Symbol der Befreiung der Menschheit für die Verwirklichung des Sozialismus und des Kommunismus geworden sind.

Nordwestdeutsche Verkehrsarbeiter fordern Herstellung der Aktionseinheit

Die Herstellung der Aktionseinheit von christlichen, sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeitern, Angestellten und Beamten zur Sicherung der gemeinsamen Lebensinteressen und des Friedens forderten die Delegierten der Eisenbahn-, Verkehrs- und Hafenarbeiter aus Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen am Wochenende auf einer Konferenz in Hamburg. Die Konferenz fand in Auswertung der Gesamtdeutschen Transportarbeiterkonferenz von Eisenach statt. Einmütig verurteilten die Delegierten alle Kriegsvorbereitungen und forderten gesamtdeutsche Beratungen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, den Abschluß eines Friedensvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen auf Grund der Vorschläge des Appells der Volkskammer.

In einem einstimmig beschlossenen Grußtelegramm an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und an den Bundesvorstand des FDGB heißt es unter anderem: „Aus Anlaß des Staatsfeiertages der Deutschen Demokratischen Republik versichern wir Euch, uns mit allen Kräften einzusetzen, damit der Frieden erhalten bleibt und die Einheit Deutschlands geschaffen wird.“

Die Forderungen der nordwestdeutschen Verkehrsarbeiter wurden in einer Resolution zusammengefaßt, in der festgestellt wird, daß die Eisenbahner und Verkehrsarbeiter angesichts der Bedrohung des Friedens eine große Verantwortung gegenüber der deutschen und internationalen Arbeiterklasse tragen.

„Es gilt, der Not und dem Elend, die ein neuer Krieg über unsere Familien und unser Volk bringen würde, mit ganzer Kraft entgegenzutreten,“ heißt es in der Entschließung. „Jede D-Mark, die durch Preis- und Steuererhöhungen den Arbeitern und Angestellten entzogen wird, dient der Vorbereitung eines neuen Krieges und der Finanzierung des Baues von Kasernen, Flugplätzen, Truppenübungsplätzen usw. Die Rationalisierungsmaßnahmen bei der Bundesbahn, die sich in der ständigen Zurückstaffelung von Facharbeitern in niedrigere Lohngruppen, in der Durchführung von Kurzarbeit, in der Schließung von Ausbesserungswerken ausdrückt, sind sichtbare Beweise dieser Politik. Mit der Errichtung der ‚Westeuropäischen Verkehrsunion‘ wird beabsichtigt, die entscheidende Schlüsselposition des Verkehrs und Transports den Kriegstreibern in die Hände zu spielen. Nicht Kriegsmaterialien dürfen auf den Schienen- und Wasserwegen transportiert werden, sondern Kohle für friedliche Produktion und Gebrauchsgüter zur Verbesserung der Lebenshaltung der Bevölkerung.“

In der Entschließung wird an die Eisenbahn-, Hafen- und Verkehrsarbeiter, an die Seeleute und Binnenschiffer appelliert, die Beschlüsse des Bremer Friedenskongresses der westeuropäischen und deutschen Hafenarbeiter und Seeleute von 1950 zu verwirklichen, die lauten:

„Die Be- und Entladung und der Transport jeglichen Kriegsmaterials ist durch gemeinschaftliche Maßnahmen zu verhindern.“

Wir fordern die volle Mitbestimmung über das, was produziert und befördert wird.

Wir fordern, daß unsere berechtigten Lohnforderungen nicht durch ewige Verhandlungen und Versprechungen verschleppt werden, sondern daß man die Elemente aus der Gewerkschaft entfernt, die zum Schumanplan ‚Ja‘ sagen, dem Wehrbeitrag Deutschlands beipflichten und damit die Verelendung fördern.“

Die Forderungen der nordwestdeutschen Verkehrsarbeiter sind in einem Sieben-Punkte-Programm zusammengefaßt, an dessen Spitze die Aktionseinheit der Werktätigen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands, die Erhaltung des Friedens und die Durchsetzung des Appells der Volkskammer steht. Ferner enthält das Programm Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und zur Erhöhung der Löhne der Verkehrsarbeiter.

Abschließend heißt es in der Entschließung:

„Die vor uns stehenden Aufgaben erfordern den Einsatz aller Kräfte. Wir sind uns der großen Gefahr, die dem gesamten deutschen Volk droht, bewußt und handeln entsprechend unserer großen Verantwortung nach der Losung: Vereint sind wir alles, getrennt sind wir nichts. Es geht um das Glück und den Wohlstand unserer Heimat.“

Neue Rekordleistung der Jugend-Lokbrigade „Walter Ulbricht“

Hunderttausender-Bewegung im Güterzugverkehr

Eine bisher im schweren Güterzugdienst der Republik einmalige Fahrleistung hat die Jugend-Lokomotivbrigade „Walter Ulbricht“ vom Bahnbetriebswerk Leipzig-Wahren unter Leitung des Helden der Arbeit, Karl Fritzsche, vollbracht. Durch sorgfältige Pflege der Maschine hat die Brigade mit ihrer Güterzuglok 44-1049 seit Ende Januar dieses Jahres fast 83 000 Kilometer ohne jede Zwischenreparatur zurückgelegt und dabei über 95,9 Millionen Tonnen-Kilometer befördert. Bisher mußte im schweren Güterzugdienst bei jeder Maschine nach etwa 50 000 Kilometer eine Zwischenreparatur ausgeführt werden.

Durch ihre gewaltige Leistung hat die Jugendbrigade Reparaturkosten, Kohle und Öl im Gesamtwert von 58 664 DM eingespart. Noch in diesem Monat soll die Hunderttausendkilometergrenze ohne Zwischenreparatur erreicht werden. Die Jugendbrigade hat alle Lokomotivbrigaden der Deutschen Demokratischen Republik aufgerufen, sich der Hunderttausender-Bewegung im schweren Güterzugdienst anzuschließen.

Nach dem Vorbild der sowjetischen Lokomotivführer Kriwonos und Lunin und nach der Methode zur Pflege der volkseigenen Maschinen und Werkzeuge, die die Dreherin Frieda Hofmann vom Sachsenwerk Radeberg einführt, haben alle Mitglieder der Jugendbrigade „Walter Ulbricht“ die Pflege bestimmter Teile ihrer

Lokomotive übernommen. Alle gleitenden Teile werden laufend überprüft und gereinigt. Jeweils nach 1000 Fahrkilometern wird der Verbrauch an Kohle und Öl kontrolliert. Durch diese sorgfältige Pflege schuf die Brigade die Voraussetzungen für ihre neue Rekordleistung.

Wer kann helfen?

Für das Technische Amt werden drei Kataloge der vormaligen Firma Knorrbrremse AG, Berlin O 112, benötigt. Besonders dringend ist die Beschaffung von mindestens einem Stück. Diese Kataloge sind bei der Nachfolgerin der Knorrbrremse AG, dem Berliner Bremsenwerk, nicht mehr erhältlich.

Der Katalog besteht aus Einzelblättern Din A 4 und ist als

„Knorr-Katalog“

in rotbraunem Leinwand mit Goldschrift allgemein bekannt.

Wir bitten die Kollegen, die dem Technischen Amt helfen können, sich mit diesem in Verbindung zu setzen. Basa 31 795

In der Zeit vom 1. Januar bis 1. September dieses Jahres hat die Schnelldrehbrigade Goergens vom RAW „Einheit“ mit Hilfe des Schnelldrehverfahrens nahezu 30 000 Arbeitsstunden eingespart. Das bedeutet für das Werk eine Einsparung von 80 000 DM.

An alle

Mitarbeiter der Paket-Annahmestellen der Generaldirektion Deutsche Reichsbahn und Reichsbahndirektionen der Länder

Trotz Hinweise und Belehrungen aller Mitarbeiter der Paket-Annahmestellen der einzelnen Bahnhöfe in der DDR ist die Kontrolle über die ordnungsgemäße Ausfüllung der WBS M 70 a durch den Versender von Waren immer noch mangelhaft.

Um diese Mängel zu beheben, macht es sich notwendig, mit Hilfe aller Kollegen der Abnahmestellen die immer wieder auftretenden Fehler durch eingehende Belehrung des Senders zu beseitigen, um Verärgerungen desselben durch unnötige Sicherstellung zu vermeiden. Folgende fehlerhafte Ausfüllung durch den Versender sind bei Wiederholung von den Kollegen der Bahnhöfe zu beanstanden und durch Unterweisung für die Zukunft abzustellen:

1. Die gelieferte Menge muß auf dem WBS in Spalte „10“ eingetragen sein,
2. fehlt vielfach in Spalte „11“ die Angabe des Bruttogewichts, desgl. in Spalte „12“ die Angabe des Nettogewichts.
3. Sehr unvollständig ist die Ausfüllung der Spalte „13“, in der die Wertangabe bzw. der Rechnungsbetrag gefordert wird.

Während der Rechnungsbetrag in den Fällen eingetragen wird, wenn es sich um einen Verkauf handelt, muß die Wertangabe bei Versendungen von Lohnveredelungsarbeiten in dieser Spalte erscheinen. Es ist ferner darauf zu achten, daß in den Spalten „16 und 17“ das gesamte Nettogewicht sowie die Wertangabe durch den Versender in Worten eingetragen wird. In Spalte „18“ muß unbedingt Stempel und Unterschrift des für die Versendung Verantwortlichen eingetragen sein.

Da diese hier aufgeführten Fehler bei der Kontrolle des Durchlaufs von Warensendungen immer wieder festgestellt und beanstandet wurden, ist es notwendig,

sämtliche Mitarbeiter an den Annahmestellen laufend zu schulen, damit derartige Fehler von vornherein zur Abstellung gelangen.

Die Annahmestellen von Sendungen mit M 70 a in der DDR haben ab sofort alle Sendungen mit unvollständig ausgefüllten WBS zurückzuweisen und von dem Versender die Vollständigkeit des WBS M 70 a vornehmen zu lassen.

Es wird angeregt, auf jeder Annahmestelle ein Muster eines ordnungsgemäß ausgefüllten WBS M 70 a zum Aushang zu bringen mit dem besonderen Hinweis, daß Sendungen nur zur Annahme gelangen können, wenn die WBS entsprechend dem zum Aushang gebrachten Muster ausgefüllt sind.

Ein weiterer Mangel ist das Festliegen von Sendungen an den Umladebahnhöfen und Bestimmungsorten, welcher durch das Fehlen der WBS hervorgerufen wird. Jeder Kollege hat sich persönlich dafür einzusetzen, daß diese Fehler abgestellt werden.

Notwendig ist die fachliche Schulung aller Mitarbeiter der Annahmestellen über das Gesetz zum Schutz des Innerdeutschen Handels und seine Durchführungsbestimmungen.

Die fachliche Arbeit muß mit der politischen Arbeit immer in Zusammenhang gebracht werden, dann wird auch jeder Mitarbeiter die Bestimmungen der Warenbegleitscheinplicht verstehen und geht mit ganz anderen Voraussetzungen an seine Aufgabe heran.

Lösen wir unsere Aufgaben, so helfen alle Kollegen der Reichsbahndirektion mit, die gestellten Ziele im Fünfjahrplan zu erreichen.

Bruno Alexander,
Amt für Kontrolle des Warenverkehrs,
Berlin, Luisenstr. 46, Abt. Auswertung.

[illegible]

Vorsicht bei der Verwendung von Altmateriel

Wiederholt schon mußten wir in den letzten Jahren, nach dem zweiten furchtbaren Weltkrieg, die traurigen Meldungen vernehmen, daß durch explodierende, irgendwo herumliegende Geschosse, durch den Einsturz von Ruinen usw. Menschen ums Leben gekommen sind oder mühsam erarbeitete Sachwerte wieder vernichtet wurden, die die Schuld der Verbrecher des zweiten Weltkrieges noch vergrößern. Auch heute soll an dieser Stelle von einem ähnlichen Fall berichtet werden, der nicht nur die Leser veranlassen soll, beim Umgang mit ähnlichem Material wachsam zu sein, sondern vor allen Dingen zu warnen, daß es den Kriegstreibern nicht erneut gelingt, furchtbares Leid und Elend über die Menschen zu bringen. Noch sind die Folgen des letzten Weltkrieges nicht überwunden und beseitigt, werden schon wieder von den imperialistischen Machthabern Vorbereitungen zu einem neuen, noch furchtlicheren Krieg getroffen. Diese Tatsache sollte jedem Menschen dringend Veranlassung sein, alles für den Frieden und gegen die Kriegsvorbereitungen einzusetzen.

Ein Klempnermeister schmolz in seinem Garten ein kurzes Stück Bleirohr, um das Blei wieder zu verwenden. Dabei bildeten sich Gase mit einem unangenehm stechenden Geruch, die durch offenstehende Fenster einer nahe gelegenen Tischlerei und in eine an das Grundstück angrenzende Schmiede eindringen. Insgesamt acht in der Tischlerei und in der Schmiede beschäftigte Personen erkrankten an Reizerscheinungen der Augen und des Rachens und an Übelkeit. Ein

Volkspolizeiangehöriger, der zur Feststellung des Ursprunges und der Art der schädlichen Gase eine Riechprobe am Schmelzblei nahm, fiel mit blaurotem Gesicht, nach Atem ringend, bewußtlos um.

Die Untersuchung hat ergeben, daß das Bleirohr aus einer demontierten ehemaligen Munitionsfabrik stammte, in der Kampfstoffe verarbeitet wurden.

Dieser Vorfall sowie zahlreiche Explosionen von Materialien, insbesondere von Rohren, die mit Sprengstoff behaftet waren, soll erneut vor der Verwendung von Materialien aus ehemaligen Sprengstoff- und Munitionsfabriken warnen. Jede Entwendung solcher Materialien steht unter schwerer Strafe. Die Abgabe und die Wiederverwendung dieser Materialien ist nur zulässig, wenn eine Bescheinigung eines Sachverständigen über Sprengstoff- bzw. Kampfstofffreiheit vorliegt. Nach den gemachten Erfahrungen hat es sich außerdem als notwendig erwiesen, Altmateriel vor der Wiederverwendung zu kontrollieren und bei Zweifeln über den zu verarbeitenden Gegenstand bzw. die Art anhaftender oder füllender Stoffe, einen Sachverständigen zu Rate zu ziehen.

Bei dem Altmateriel ist auch auf Sprengkörper (Fundmunition) — wie z. B. Sprengkapseln, Gewehrpatronen, Gewehrgranaten und dgl. — zu achten, die unter Umständen durch mangelnde Sorgfalt oder Unkenntnis in das Altmateriel hineingeraten sein können. Munitionsfunde sind der nächsten Polizeidienststelle zwecks Vernichtung zu melden.

Dipl.-Ing. B o m m e r t.

Gleisbauzug 1, Reichsbahndirektion Schwerin, senkt die Selbstkosten durch erhöhte Leistungssteigerung

Die Arbeit des Gleisbauzuges am Südlichen Außenring Berlins steht noch in frischer Erinnerung! Die Kollegen vom Gleisbauzug 1 Schwerin sind jetzt wieder in ihrem Heimatbezirk eingesetzt. Gleisgewinnung für die Großbauvorhaben des eigenen Bezirks!

Das ist zur Zeit die wichtigste Arbeit — je eher die Oberbaustoffe bereitstehen, desto eher können die Investbauvorhaben erfüllt werden. Wer soll die Stoffe gewinnen? — Neu eingestellte Kräfte? — geht zu langsam — kommt nur Gleisbauzug 1 in Frage.

Also ran und eingesetzt! Fernspruch — Umsetzen und die Arbeit beginnt.

400 m Tagesleistung bei Gewinnung pro Kopf wird gefordert. Termin 8. Oktober 1951.

Der bewährte Leiter, Kollege Schomacker, faßt das Bauvorhaben an: „Kollegen — ihr wißt — Tempo Berlin!“ Mehr brauchte er nicht zu sagen, die Kollegen hatten verstanden und „Tempo Berlin“ hat es geschafft und gewonnen!

Tagesleistungen bis 850 m und vorfristige Erfüllung zum 29. September 1951 mit 8000,— DM direkter Einsparung waren der Erfolg. Und trotzdem haben die Kollegen gut verdient. So soll es sein.

Allen Kollegen der Bauzüge der DDR rufen wir zu: „Kollegen — Tempo Berlin!“ Der Fünfjahrplan verlangt große Leistungen, wir Aktivisten der Gleisbauzüge erfüllen und übererfüllen ihn!“

VERFUGUNGEN UND BEKANNTMACHUNGEN

Technisches Amt

GDR 467

Betr.: Vereinfachte Bearbeitung von Verbesserungsvorschlägen

Nachdem vom BEV der GDR eine umfangreiche Aufklärungsarbeit in Form von Tagungen in den RBDen sowie durch die Schulungsbeilagen in der Zeitschrift „Fahrt frei“ stattgefunden hat, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die unteren Dienststellen noch mehr als bis jetzt in eigener Zuständigkeit arbeiten zu lassen. Wir sind überzeugt, daß alle für das Verbesserungsvorschlagswesen verantwortlichen Kräfte jetzt diesem Gebiete aufgeschlossener gegenüberstehen und für eine schnelle und korrekte Bearbeitung in jeder Hinsicht Sorge tragen.

Aus vorgenannten Gründen ist in Zukunft folgendes Prinzip bei der Bearbeitung von Vorschlägen zu berücksichtigen.

Nachdem jetzt sämtliche Drucksachenlager der RBDen die neue Stammkarte — Vordruck 199174 — erhalten haben, ist zur Erfassung und Bearbeitung der Vorschläge nur noch diese Karte zu verwenden. Diese Karte nimmt alle erforderlichen Angaben auf und ist gewissenhaft auszufüllen. Mit Verwendung dieser Karte werden die alte Stammkarte, die Karte über die Nutzenkontrolle und das Verbesserungsvorschlagsformular (Protokoll) Nr. 199 173 hinfällig. Für die büromäßige Bearbeitung ist also nur noch die neue Stammkarte und die Erklärung notwendig. Die Urheberkarte wird nur benötigt, wenn es sich um den ersten Vorschlag handelt. Vorschläge von örtlichem Charakter sind schnellstens (spätestens innerhalb von 14 Tagen) in eigener Zuständigkeit zu bearbeiten und abzuschließen.

Neu ist, daß das BEV der GDR keine Karteimittel und sonstigen Unterlagen von Vorschlägen verlangt, die nicht vom

BEV zu bearbeiten oder weiter zu behandeln sind. Die Unterlagen bleiben immer dort, wo der Vorschlag zuletzt bearbeitet wurde, dazu gehört auch der Erfahrungsaustausch. Z. B.: Ein Vorschlag wird im RBA in eigener Zuständigkeit abgeschlossen und prämiert. Erkennt die Kommission, daß dieser Vorschlag auch im Rahmen der RBD seine Anwendung finden kann, sind die Unterlagen nach dort mit dem nötigen Hinweis zu senden. Erkennt die RBD, daß dieser Vorschlag neben ihrem Bezirk auch im DDR-Maßstab angewendet werden könnte, ist der gesamte Vorgang mit allen hinzukommenden Unterlagen an das BEV der GDR zwecks verfassungsmäßiger Bearbeitung oder Erfahrungsaustausch zu senden.

In solchen Fällen, wo der Vorschlag weitergesandt wird, ist die neue Stammkarte, die ja schon aus zwei Exemplaren besteht, doppelt auszufüllen und zu trennen. Die eine Karte läuft mit dem Vorgang mit, während die andere an der jeweiligen Ursprungsstelle verbleibt und entsprechend der Nomenklatur nach Klassen abzustellen ist. Die Urheberkarte verbleibt ebenfalls am Ursprungsort des Vorschlages. (Die Auszahlungserlaubnis wird durch diese Maßnahme nicht berührt.) Mit dieser Aufteilung wird eine weitestgehende Dezentralisierung erreicht und die Verantwortlichkeit der unteren Dienststellen gehoben. Die Vorschläge werden büromäßig nicht mehr behandelt als unbedingt für

eine gewissenhafte Bearbeitung notwendig ist. Die Karten, die sich jetzt aus der Zentralkartei des BEV in den RBDen sowie Ämtern oder Wirtschaftsbereichen bilden, sind zum großen Teil gleich ein Maßstab, auf welchem Niveau sich die Vorschläge befinden.

Das BEV der GDR beschäftigt sich in Zukunft nur mit Vorschlägen, die es unmittelbar zur Bearbeitung zugeleitet bekommt, sei es zur Stellungnahme, Weiterleitung an andere Ministerien, Patentangelegenheiten oder Erfahrungsaustausch.

Selbstverständlich ist das BEV der GDR letzte Instanz bei Streitfällen usw.

Das BEV der GDR wird neben der Behandlung der vorgenannten Aufgaben Instruktionstätigkeit ausüben, die Dienststellen anleiten und beraten und somit fördernd auf die weitere Entwicklung des Verbesserungsvorschlagswesens einwirken.

Da das BEV in Zukunft bei der Auswertung nur auf das monatliche statistische Material angewiesen ist, ist darauf zu achten, daß diese Angaben mit der größten Korrektheit durchgeführt werden und jeder Nachprüfung standhalten.

Diese Verfügung tritt mit Wirkung vom 1. 11. 51 in Kraft und hebt alle Anweisungen, die dem entgegenstehen, auf.

(TA IV (BEV) 8 - 20/51 v. 6. 10. 51/31 786)

I. Betrieb

Betr.: La der RBD Cottbus Teil A

Cottbus 72

Die Übersicht „La“ der RBD Cottbus, Teil A bleibt auch ab Fahrplanwechsel nach Maßgabe der nachstehend aufgeführten, durch Änderungen der Lok- und Zugleistungen bedingten Berichtigungen weiterhin gültig.

Im Streckenverzeichnis unter A Hauptbahnen

bei Strecke 13: „Eberswalde Hbf—Bad Freienwalde (Oder) —“ streichen,

als Strecke 23 neu einfügen: „23 Bln-Charlottenburg—Rathenow—Stendal“,

bei Strecke 26: „Zossen—Mittenwalde (Mark) Nord“ streichen, dafür setzen: „Abzw Blankenfelde“,

bei Strecke 27 voransetzen: „Zossen —“ und am Schluß streichen: „— Beeskow—Grunow (Niederlausitz)“,

bei Strecke 29 am Schluß streichen: „— Döbeln Hbf—Abzw Furth—Chemnitz-Hilbersdorf/Hbf“.

In der Übersichtskarte zur La dementsprechend Strecke 23 und neue Strecke 26 lagerecht nachtragen, bei weggefallenen Teilstrecken die Ziffer „13“, „27“ und „29“ streichen, Strecke 26 zwischen Mittenwalde (Mark) Nord und Schönefeld (Kr. Teltow) mit allen Angaben streichen und beim Streckenabschnitt Zossen—Mittenwalde (Mark) Nord die

Bildet Friedenskomitees!

Ziffer „26“ in „27“ abändern. Soweit Handgebrauchsdruckstücke des als Schutzhülle verwendeten Teiles A der Lok- und Zugführer unansehnlich und unleserlich geworden sind, können Bwe und Bfe Ersatzstücke des Teiles A auf Ruf Cs 14 09 nachfordern.

(12 B 4 Bzl v. 28. 9. 51/14 09)

Unterhaltung der Gleiswagen

Dresden 125

Es ist in letzter Zeit wiederholt über einen teilweise sehr schlechten Unterhaltungszustand der Gleiswagen geklagt worden. Dies gibt Veranlassung, die Leiter der Dienststellen, auf denen Gleiswagen vorhanden sind, nochmals auf die DV 932 und ganz besonders auf § 2 (3) und damit auf ihre Überwachungs- und Aufsichtspflichten hinsichtlich der Unterhaltung und Reinigung der Gleiswagen hinzuweisen. Sie sind verantwortlich, daß auch die Gruben der Gleiswagen stets gereinigt, sauber- und trockengehalten und öfters gelüftet werden. Die Überwachung ist in Spalte 6 des Schmier- und ReinigungsKalenders zu bescheinigen.

(12 B 10 Bau v. 19. 9. 51/12 55)

Blockstelle Hirschmühle

Dresden 126

Ab 24. 9. wurde die Blockstelle Hirschmühle wieder ausgeschaltet. Im Mitteilungsblatt der DR Nr. 12/1951, Seite 215, bei Bekanntmachung Dre 108 entsprechenden Vermerk anbringen.

(13 B 10 Baob v. 24. 9. 51/12 55)

Schwerin 55

Betriebsdienst, Berichtigungen zum AzFV der RBD Schwerin

1. Hauptheft

Abschn. 1: Neu aufnehmen: 34. Brahlstorf — Neuhaus (Elbe)

Sp. 1: Strecke Brahlstorf — Neuhaus (Elbe),
Sp. 2: allen Zügen.

11. Wismar — Rostock.

Teschow und Althof mit allen Angaben streichen.

13. Priemerburg — Rostock Hbf.

Subzin — Liebow mit allen Angaben streichen.

14. Dalwitzhof — Rostock Gbf.

Dalwitzhof mit allen Angaben streichen.

21. Parchim — Schwerin. (Neu aufnehmen)

Sp. 1: Domsühl. Sp. 2: allen Güterzügen

37. Rövershagen — Graal-Müritz. (Neu aufnehmen)

Sp. 1: Rövershagen.

Sp. 2: allen Zügen auf Gleis 8.

Abschn. 3:

7. Velgast — Rostock Hbf.

Bei Rostock Hbf in Sp. 4 zufügen: mit Ausnahme Gleis 7.

10. Güstrow — Schwaan — Rostock Hbf.

Bei Rostock Hbf in Sp. 4 zufügen: mit Ausnahme Gleis 7.

11. Wismar — Rostock Hbf.

Zwischen Neubukow und Bad Doberan einfügen:

Sp. 1: Kröpelin. Sp. 2 alle Güterzüge und Lz

Sp. 3: Rostock. Sp. 4: allen Gleisen.

Bei Bad Doberan in Sp. 4 ändern (neben Wismar): allen Gleisen, mit Ausnahme

Gleis 3.

(neben Rostock): allen Gleisen.

12. Rostock Hbf — Rostock Gbf.

Bei Rostock Hbf in Sp. 4 zufügen: mit Ausnahme Gleis 7.

13. Priemerburg — Rostock Hbf.

Bei Rostock Hbf in Sp. 4 zufügen: mit Ausnahme Gleis 7.

15. Rostock Hbf — (Rostock Gbf).

Rostock Hbf (Sp. 1—4) mit allen Angaben streichen.

16. Rostock Hbf — Sanitz.

Bei Rostock Hbf in Sp. 4 zufügen: mit Ausnahme Gleis 7.

Abschn. 4:

10. Güstrow — Schwaan — Rostock Hbf.

Lüssow und Mistorf mit allen Angaben streichen.

Abschn. 8: 37. Rövershagen — Graal-Müritz. (Neu aufnehmen)
 Sp. 1: Rövershagen. Sp. 2: — Sp. 3: ja.
 Sp. 4: ja. Sp. 5: ja.
 Sp. 1: Graal-Müritz. Sp. 2: — Sp. 3: ja.
 Sp. 4: ja. Sp. 5: ja.

Abschn. 9: 10. Güstrow — Schwaan — Rostock Hbf.
 Unter Mistorf nachtragen:
 Sp. 1: Pölchow. Sp. 2: alle Güterzüge.
 Sp. 3: beiden Richtungen. Sp. 4: Sig Hr 3.
 Sp. 5: Sig Hr 3.
11. Wismar — Rostock Hbf.
 Althof mit allen Angaben streichen.
2. Neustadt (Dosse) — Wit — Ludwigslust
— Hagenow L — Schwanheide. (Neu aufnehmen):
 Sp. 1: Jasnitz.
 Sp. 2: alle Güterzüge.
 Sp. 3: Ludwigslust. Nur während
 Sp. 4: Sig Hr 3. Dunkelheit
 Sp. 5 —, Sp. 6: T — und bei unsich-
 Sp. 2: alle Güterzüge. tigem Wetter
 Sp. 3: Hagenow Land.
 Sp. 4: —, Sp. 5: Sig Hr 3.
 Sp. 6: —.

Abschn. 11: 11. Wismar — Rostock Hbf.
 Althof mit allen Angaben streichen.
21. Schwerin — Parchim.
 Unter Friedrichsruhe eintragen:
 Sp. 1: Domsühl. Sp. 2: allen Zügen.
37. Rövershagen — Graal-Müritz. (Neu aufnehmen):
 Sp. 1: Rövershagen. Sp. 2: allen Zügen.
 Sp. 1: Graal-Müritz. Sp. 2: allen Zügen.

Abschn. 23: 37. Rövershagen — Graal-Müritz. (Neu aufnehmen):
 Sp. 1: Rövershagen. Sp. 2: K. Sp. 6:
 Graal-Müritz. Sp. 7: 8. Sp. 8: links.

Abschn. 24: 7. (Velgast) — Rostock Hbf.
 Bei Altenvillersshagen „Auf A 2“ ändern
 in „Einf A 2“.
 Rostock Hbf mit allen Angaben streichen.
 (Geschw. Beschränkung bei Einf in
 Stumpfpl ist im Abschn. 21 [Sonderheft]
 vorgeschrieben. Dreiflügelige Sig in Ro-
 stock nicht vorhanden.)

9. Rostock — Warnemünde.
 Rostock Hbf und Warnemünde Pbf mit
 allen Angaben streichen. (Geschw. Be-
 schränkung wird nicht durch mehrflüge-
 ligen Sig, sondern durch K 5 oder Fw 101
 angezeigt und ist im Abschn. 21 [Sonder-
 heft] nachgewiesen.)

10. Güstrow — Schwaan — Rostock Hbf.
 Vor Rostock Hbf einfügen: Sp. 1: Pöl-
 chow. Sp. 2: Einfahrt A 2. Sp. 3: Schwaan.
 Sp. 4: 60.
 Sp. 2: Einfahrt F 2. Sp. 3: Rostock. Sp. 4:
 60.
 Rostock Hbf mit allen Angaben streichen.
 (Begründung wie bei Strecke 9.)

11. Wismar — Rostock Hbf.
 Bad Doberan mit allen Angaben
 streichen.
 (Begründung wie bei Strecke 9.)

13. Priemerburg — Rostock Hbf.
 Rostock Hbf mit allen Angaben streichen.
 (Begründung wie bei Strecke 9.)

16. Rostock Hbf — Sanitz.
 Rostock Hbf mit allen Angaben streichen.
 (Begründung wie bei Strecke 9.)

2. Sonderheft (Abschn. 21)

13. A Unter a) (Laage)—Priemerwald und
 b) (Devwinkel)—Priemerwald (Laage):
 In Sp. 1 die Zahl 40 ändern in 50.

(11 B 4 Bavfa v. 4. 10. 51 / 12 62)

II. Reiseverkehr

Betr.: Sperrung eines Freifahrausweises **GDR 468**

Die C II — Fahrkarte Nr. 03155, III. Kl., gültig für alle
 Strecken der Deutschen Reichsbahn bis 31. 12. 51, ausge-
 stellt für einen Beschäftigten der Generaldirektion Schifff-
 fahrt, ist in Verlust geraten. Bei Benutzung ist die Karte
 einzuziehen und die Personalien des Inhabers festzu-
 stellen.

(23 R 17 — 241/51 Fa v. 24. 9. 51 / 31 524)

GDR 469

Betr.: Übereinkommen über die gegenseitige Benutzung der Personen- und Gepäckwagen im internationalen Verkehr (RIC)

Nachstehende Bestimmungen sind von allen Bahnhöfen,
 die von internationalen und interzonalen Wagenläufen
 berührt werden, zu beachten:

§ 9 RIC: Ausfall, Aussetzen und Wiedereinstellen von Wagen.

1. Wenn ein Kurswagen oder ein Wagen des nichtregel-
 mäßigen Laufes wegen Beschädigung, Anschlußversäumnis,
 Zurückweisung, Unbefahrbarkeit der Strecke oder aus
 einem anderen Grunde ausfällt, hat dies der Bahnhof, von
 dem ab der Wagen fehlt, drahtlich zu melden:

- an den Ausgangs- und Endbahnhof des Wagenlaufes,
- an die am Schluß angegebenen Stellen der Eigentums-
 verwaltung sowie an die Generaldirektion der Deut-
 schen Reichsbahn, Berlin,
 und wenn kein Ersatzwagen gestellt werden kann:
- an den nächsten Bahnhof, welcher voraussichtlich den
 Wagen ersetzen kann und
- an die wichtigsten Übergangsbahnhöfe des Wagenlaufs.
 Desgleichen ist die Wiedereinstellung eines ausgeset-
 zten Wagens oder dessen leere Rücksendung von dem
 Bahnhof, der ihn rücksendet oder wieder einstellt, der
 Eigentumsverwaltung sowie der Generaldirektion Berlin
 drahtlich bekanntzugeben.

2. Aus der drahtlichen Mitteilung über Ausfall eines
 Wagens müssen ersichtlich sein:

- der Bahnhof, auf dem der vereinbarte Lauf unter-
 brochen wurde,

- der Tag des Aussetzens,
- die Zugnummer,
- bei regelmäßigen Wagenläufen die Kursnummer im
 EWP sowie der Ausgangs- und Endbahnhof des Kurses,
 bei nichtregelmäßigen Läufen der Ausgangs- und End-
 bahnhof des Wagenlaufes,
- das Eigentumsmerkmal, die Gattung und die Nummer
 des Wagens,
- der Grund des Aussetzens oder die Art der Beschä-
 digung,
- ob für den fehlenden Wagen Ersatz gestellt wird.

3. Bei Wiedereinstellung eines ausgesetzten Wagens oder
 dessen Rücksendung hat die drahtliche Meldung folgende
 Angaben zu enthalten:

- den Bahnhof, auf dem der Wagen wieder eingestellt
 oder von dem er leer rückgesendet wird,
- den Tag des Wiedereinstellens bzw. der Rücksendung,
- die Zugnummer,
- das Eigentumsmerkmal, die Gattung und die Nummer
 des Wagens.

4. Als Ersatzwagen sollen möglichst gleichartige Wagen
 beigestellt werden.

Wenn ein solcher Wagen fehlt und ein anderer eingestellt
 wird, der auf die Anschlußbahn nicht übergehen kann, so
 ist der Übergangsbahnhof dieser Bahn drahtlich zu ver-
 ständigen. Ein nicht übergangsfähiger Ersatzwagen kann
 auf einem vor dem Übergangsbahnhof liegenden Bahnhof
 durch einen übergangsfähigen Wagen ersetzt werden,
 wenn sich dadurch weniger Unzuträglichkeiten ergeben.

5. Ersatzwagen dürfen auf Zwischenbahnhöfen gegen
 wiederhergestellte Kurswagen oder gegen Wagen, die
 den Anschluß nicht erreichen, in der Regel nur ausge-
 wechselt werden, wenn dies vereinbart ist.

6. Ein fremder Wagen, der auf dem Endbahnhof nicht in
 der Umkehrzeit, wohl aber innerhalb einer kurzen Frist
 ausgebessert werden kann, ist möglichst durch einen eigen-
 en Wagen zu ersetzen und nach seiner Ausbesserung
 gegen diesen wieder auszutauschen. In solchem Falle gibt
 die Bahn, die den Wagen ausgesetzt hat, der Eigentums-
 bahnhof und der Generaldirektion Berlin in der in Ziff. 1

vorgesehenen drahtlichen Mitteilung die voraussichtliche Dauer des Aussetzens des Wagens bekannt und meldet, ob er später wieder in seinen Lauf eingesetzt wird oder nicht.

7. Wegen Aussetzens von Wagen beim Versagen der Druckluftbremse siehe § 39 Ziff. 9, der Heizung siehe § 40 Ziff. 50 oder der Beleuchtung siehe § 41 Ziff. 18 (nachstehend abgedruckt).

8. Muß ein fremder Wagen ausgesetzt werden, so ist außer der unter Ziff. 1 vorgesehenen drahtlichen Meldung der von der benutzenden Verwaltung bezeichneten Dienststelle der Tag der Außerbetriebsetzung sowie der Tag der Rückgabe des Wagens an den Betriebsdienst schriftlich zu melden. Hierzu ist das Muster J zu verwenden.

**Adressen, an die Drahtnachrichten
über Aussetzen der Wagen zu richten sind**

Belgien	Rad Railbel 23—12 Bruxelles — Copie Chst (Heimatbahnhof) und (belgischer Übergangsbahnhof)
Bulgarien	Direction chemins de fer, Sofia
Dänemark	Gdt, København
Deutschland	
a) Deutsche Reichsbahn	Die Reichsbahndirektion, deren Eigentumsbezeichnung der ausgesetzte Wagen trägt, und der Heimatbahnhof (Telegr.-Adr.: RBD und Bf) und Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn (Telegr.-Adr.: Gendion, Berlin)
b) Deutsche Bundesbahn	Die Eisenbahndirektion, deren Eigentumsbezeichnung der ausgesetzte Wagen trägt, und der Heimatbahnhof (Telegr.-Adr.: ED und Bf) und Hauptwagenamt (Personenwagenabteilung) Frankfurt/M-Süd (Telegr.-Adr.: HWPwa Frankfurt/M)
Frankreich	1. Service Central du Mouvement 8, rue de Londres, à Paris (9e) Telegr.-Adr.: Sonafermov, Paris 2. Division du Mouvement des Bezirks, dessen Eigentumsmerkmal der Wagen SNCF trägt, nämlich: 1: Div. du Mouv. Est . . . Paris 2: " " " Nord " " 3: " " " Ouest " " 4: " " " Sud-Ouest " " 5: " " " Sud-Est " " 6: " " " Méditerranée Marseille (Der Bezirk ist durch die erste Ziffer der Wagennummer bezeichnet.)
Griechenland	
a) Griechische Staatsbahnen	Cheferetat, Athènes
b) Franco-Hellenische Eisenbahn-Gesellschaft	Francofer, Alexandropole
Großbritannien	Sudest, London
Italien	a) Capo stazione . . . (des Ausgangsbahnhofs des Kurses) b) Ferrotabile, Firenze c) Ferrovimento, Roma d) Ferlavori, Roma
Jugoslawien	Jugofer III/2 und III/3, Beograd
Luxemburg	Raillux, Exploitation/Mouvement, Luxemburg und Bahnhof Luxemburg
Niederlande	Treindienst, Utrecht
Norwegen	Distriktschefen i Oslo distrikt, Oslo
Österreich	Hauptwagenamt Wien und Heimatbahnhof des Wagens (Telegr.-Adr.: HWA Wien und Bf . . .)
Polen	a) CBTR, Bydgoszcz b) Die am Wagen angeschriebene Direktion, abgekürzt wie folgt: DOKP Warszawa, Lublin, Katowice, Kraków, Łódź, Wrocław, Poznań, Szczecin, Gdańsk, Olsztyn c) Der polnische Grenzbahnhof
Rumänien	Directiunea Mîscăril, Bucuresti
Saarland	Direktion der Saarländischen Eisenbahnen, Saarbrücken
Schweden	Statsbanan Pbr, Stockholm

Schweiz

- a) Schweizerische Bundesbahnen Betriebsabteilung GD SBB, Bern
b) Berner-Alpenbahn-Gesellschaft Betriebschef BLS, Bern
Bern—Lötschberg—Simplon inkl. Bern—Neuchâtel (Direkte Linie)

- Tschechoslowakei a) Direction générale des Chemins de fer, Praha
b) Décompte du matériel roulant, Praha
c) der am Langträger angeschriebene Heimatbahnhof
Türkei Chemins de fer de l'Etat turc, 1e Exploitation, Istanbul
Ungarn Máv. Dion., Budapest

Versagen der Druckluftbremse (§ 39 Ziff. 9 RIC)

Wagen, deren Hauptluftleitung sich nicht in gebrauchsfähigem Zustand befindet oder deren Druckluftbremse nicht betätigt werden kann, dürfen ausgesetzt oder zurückgewiesen werden, wenn die Bremsbedingungen der benutzenden oder der übernehmenden Verwaltung nicht mehr erfüllt sind und dadurch die Durchführung des Zuges nach vorgesehenem Fahrplan nicht mehr sichergestellt ist.

Versagen der Heizung (§ 40 Ziff. 50)

Versagt die Heizung im ganzen Wagen, so soll er auf kürzeren Strecken weiterlaufen. Bei größerem Laufweg darf der Wagen auf dem Übergangsbahnhof zurückgewiesen oder auf dem nächsten größeren Aufenthaltsbahnhof ausgesetzt werden, wenn der Mangel nicht beseitigt werden kann.

Versagt die Heizung nur teilweise, so soll der Wagen bis zum Endbahnhof laufen und, wenn möglich, auch auf dem Rückwege bis zum Heimatbahnhof verwendet werden. Der Wagen ist in diesem Falle mit Zetteln nach Muster M zu bekleben.

Versagen der Beleuchtung (§ 41 Ziff. 18)

Beim Versagen der Beleuchtung ist die Notbeleuchtung zu verwenden. Versagt die Beleuchtung im ganzen Wagen, so darf er auf kürzeren Strecken weiterlaufen. Wenn der Schaden nicht beseitigt werden kann, darf der Wagen auf dem Übergangsbahnhof zurückgewiesen oder auf dem nächsten größeren Aufenthaltsbahnhof ausgesetzt werden. Versagt die Beleuchtung nur teilweise, so soll der Wagen bis zum Endbahnhof weiterlaufen und, wenn möglich, auf dem Rückwege bis zum Heimatbahnhof verwendet werden. In jedem Falle ist der Wagen mit Zetteln nach Muster M zu bekleben.

(22 — R 11 — Bwtg)

Betr.: Aufbewahrung von Gepäck

GDR 470

Anlässlich einer Klage gegen die Eisenbahn hat ein Amtsgericht festgestellt, daß der Aushang 62 912 — Aufbewahrung von Gepäck — bei der Gepäckaufbewahrungsstelle nicht angebracht war.

Während die Eisenbahn für gänzlichen oder teilweisen Verlust, Beschädigung oder verspätete Auslieferung nach § 36 der EVO nur bis zum Höchstbetrag von 100,— DM haftet, mußte in diesem Klagefalle die Forderung in Höhe von 687,50 DM für einen Koffer Bühengarderobe ersetzt werden, da der betr. Aushang fehlte. Wir machen es allen RBDen und Ämtern zur Pflicht, die Gepäckaufbewahrungsstellen diesbezüglich zu überprüfen und nötigenfalls anzuweisen, den Aushang 62 912 an gut sichtbarer Stelle anzubringen oder, wo erforderlich, zu erneuern.

Die Gebühren sind nach Anlage 7 des DPTI (gültig ab 1.1.50) zu berichtigen.

(23.1/34.1 Rf 357/51 v. 31. 8. 51/31 534)

Betr.: Platzkarten

GDR 471

Trotz wiederholter mündlicher und schriftlicher Hinweise wird die Ausgabe der Platzkarten durch die beteiligten Beschäftigten sehr oberflächlich ausgeführt. In den meisten Fällen handelt es sich um Doppelbelegung von Plätzen. Des weiteren werden bestellte Plätze nicht mit den dafür vorgesehenen Anhängern gezeichnet, und in Zügen, bei denen Anhänger für bestellte Plätze angebracht waren, diese nicht von dem Zub bei der ersten Fahrkartenprüfung, gemäß PBV I § 13 (11), entfernt.

Durch diese nachlässige Arbeitsweise werden die Reisenden verärgert, Beschwerden und Angriffe in der Presse, die das Ansehen der Reichsbahn in der Öffentlichkeit schädigen, sind die Folgen. Die aufgezeigten Mängel sind sofort abzustellen. Die am Platzkartenverkauf Beschäftigten sind eingehend zu belehren. Im Dienstunterricht ist PBV I § 13 erneut zu behandeln. Bei weiteren Verstößen werden künftig die Schuldigen zur Verantwortung gezogen.

Weiterhin sind Reisende, die ohne Platzkarte auf belegten Plätzen sitzen, unnachsichtlich aufzufordern, den Platz für den Platzkarteninhaber frei zu machen.

(23.2 Ttpl 1254)

GDR 472

Betr.: Fahrausweis für Familienheimfahrten der Reichsbahnbeschäftigten
Vfg. 23 R 19—125/51 Fa

Da nach unserer oben genannten Verfügung die Familienheimfahrkarten nur über das Wochenende Gültigkeit hatten, mußten für die Beschäftigten, die ihren Familienheimfahrttag aus dienstlichen Gründen wochentags nehmen mußten, Freifahrtscheine ausgeschrieben werden.

Weiter konnten für die bei Lokkolonnen, Gleisbauzügen usw. Beschäftigten die neuen Familienheimfahrkarten ebenfalls nicht ausgegeben werden, da diese Beschäftigten zum großen Teil nur einmal im Monat ihre Heimfahrttage erhalten.

Es wird daher angeordnet, in den oben genannten Fällen künftig nach Möglichkeit Familienheimfahrkarten auszugeben, um Papier und Verwaltungskosten zu sparen.

Familienheimfahrkarten können überdies auch an Teilnehmer von Lehrgängen, Schulungen usw. von kurzer Dauer ausgegeben werden.

Es wird aber noch einmal besonders darauf hingewiesen, daß bei Ausgabe von Familienheimfahrkarten alle Sicherungsmaßnahmen gegen Mißbrauch zu treffen sind.

(23 R 17 — 239/51 Fa v. 24. 9. 51/31 524)

Geltungsdauer der Fahrausweise **Dresden 127**

Im Verkehr innerhalb der Strecke Chemnitz—Wechselburg gelten die Fahrausweise nach der A Best 13 zur allg A Best 10 zu § 11 EVO im DPT II ab 1.12.51 nur am Lösungstage.

Ausgenommen hiervon sind Sonntagsrückfahrkarten und Arbeiterrückfahrkarten. Fahrtunterbrechung ist außer mit Sonntagsrückfahrkarten und Arbeiterrückfahrkarten nicht

zugelassen. Schalteranschlüsse anbringen. Zugbegleitpersonal verständigen.

(23 R 19 Tp II v. 21. 9. 51/15 20)

Schulverzeichnis

Dresden 128

Das Schulverzeichnis ist wie folgt zu ergänzen:

Schulort	Bezeichnung der Schule oder des Lehrgangs
Binnewitz b. Bautzen	VVEAB-Landesschule
Mittweida	Wirtschaftsschule der volkseigenen Betriebe
Werdau	Landessportschule (nur für Personen, die als Sportlehrer, Trainer usw. beruflich tätig sind).

Die VVEAB-Landesschule in Dresden ist zu streichen. Zur Teilnahme an den Lehrgängen des Landesverbandes Landeskirchlicher Gemeinschaften Sachsens in Aue (Sachs.), Kleinwelka, Kurort Rathen und Raudnitz (Kreis Greiz) werden die für Schüler bestehenden Ermäßigungen nur noch insoweit gewährt, als es sich um hauptamtlich tätige Prediger, Hilfsprediger und Hilfsschwester handelt. Im Schulverzeichnis sind daher die Angaben für die Lehrgänge in den obengenannten Orten allgemein durch folgende zu ersetzen:

„Lehrgänge für hauptamtlich tätige Prediger, Hilfsprediger und Hilfsschwester des Landesverbandes Landeskirchlicher Gemeinschaften Sachsens.“

(23 R 19 Tpeis v. 24. 8. 51/15 20)

Schwerin 56

Betr.: Verlust von Dienstaussweisen und einer Fahrkarte

Dienstaussweis Nr. 0 188 993, ausgestellt von der Güterabfertigung Schwerin auf den Namen Kurt Brosse, gültig bis 29. 2. 52,

Dienstaussweis Nr. 188 842, ausgestellt von der Eilgutabfertigung Schwerin auf den Namen Karl Fritz, gültig bis 29. 2. 1952,

B IIa-Fahrkarte Nr. 28 625, 3. Klasse, auf den Namen Karl Fritz, gültig für die Rba-Bezirke Schwerin und Güstrow bis 31. 12. 51.

Bei Vorzeigen der Ausweise und der Fahrkarte sind diese einzuziehen und an die Abt. II (R 4) der RBD Schwerin einzusenden. Die Personalien sind festzustellen.

(21 R 4 v. 8. 10. 51/F 13 88)

III. Güterverkehr

GDR 473

Betr.: Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels
Hier: Obstsendungen nach Berlin

Die vielen Beschlagnahmen von Obstsendungen zeigen, daß immer noch größere Sendungen an Obst ohne Warenbegleitscheine angenommen werden. Diese Sendungen werden entschädigungslos eingezogen. Beschwerdeschreiben und Entschädigungsanträge sind die Folge.

Das Amt für Kontrolle des Warenverkehrs hat angeordnet, daß Obst nur im Gewicht bis zu 3 kg ohne Warenbegleitschein zur Beförderung angenommen werden darf. Der Reisende darf als Gepäck auch höchstens nur 3 kg mit sich führen.

Eine Ausnahme bilden die Kleingärtner, die der Kleingartenhilfe des FDGB angehören. Diese sind berechtigt, eine größere Menge mit sich zu führen, wenn sie im Besitz eines Transportgenehmigungsbuches für Obst und Gemüse sind.

Diese Sonderregelung dient aber nur für die Mitnahme und nicht für die Auflieferung bei der Eisenbahn.

(GDR III SB 957/51)

GDR 474

Betr.: Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels

Exportsendungen müssen an der Demarkationslinie zur Kontrolle vorgeführt werden. Es ist von Versendern der Wunsch geäußert worden, bei der Vorführung anwesend sein zu dürfen, um die Packarbeiten selbst vornehmen zu können. Diesem Wunsch soll entsprochen werden. Die Absender können im Frachtbrief in der Spalte „für die Eisen-

bahn unverbindliche Absendervermerke“ einen Vermerk anbringen, daß sie von der Ankunft des Gutes auf dem Kontrollpunkt auf ihre Kosten benachrichtigt werden wollen. Die Güterabfertigung des Kontrollbahnhofs hat auf Grund dieses Vermerkes den Absender von dem Eintreffen der Sendung sofort auf seine Kosten zu benachrichtigen. Eine Verlängerung der lagergeldfreien Zeit für die Abfertigung auf dem Kontrollpunkt tritt hierdurch nicht ein. Dadurch, daß die Verkehrstreibenden geschulte Kräfte schicken, wird das Gut wieder ordnungsmäßig verpackt und Beschädigungen durch schlechte Verpackung und evtl. Ansprüche gegen die Eisenbahn vermieden.

(III SB 960/51 v. 28. 9. 51)

Schadwagenverwendung

Dresden 129

Die RBD läßt zeitweise Schadwagen, die bei den RAWen abgestellt sind und keine betriebsgefährlichen Mängel haben, kurzfristig (in der Regel 4 bis 6 Wochen) zum pendelmäßigen Verkehrseinsatz zu. Diese Wagen tragen neben dem Rotzettel noch Rotpunktzettel mit der Aufschrift „Untersuchungsfrist überschritten, im Pendelverkehr zugelassen bis ...“. Während des Verkehrseinsatzes sind die Wagen hinsichtlich Transportplanung und Ladezeiten wie Reichsbahnwagen zu behandeln. Bei Leerläufen (die frachtfrei sind) ist Begleitschein beizugeben. Die Heimatgüterabfertigungen müssen den Lauf der Wagen überwachen und die Rückkehr sichern. Bei der Schadwagenzählung sind diese Wagen als Wagen im Betriebspark zu zählen. Nach Ablauf der Einsatzfrist müssen die Wagen aus dem Verkehr zurückgezogen und dem zuständigen RAW wieder zugeleitet werden.

(33 G 2 Vwp v. 25. 9. 51/25 98)

Halle 90**Gebührenerhebung bei der Anschlußbedienung**

Es muß immer wieder festgestellt werden, daß der Betrieb bei der Anschlußbedienung besondere Leistungen ausführt, die aus Unkenntnis des Rangierpersonals und der mangelhaften Verständigung zwischen Betrieb und Verkehr nicht tariflich abgegolten werden. Hierdurch entstehen der DR täglich selbst bei vorsichtiger Schätzung erhebliche Einnahmeausfälle. In den Produktionsberatungen ist dem Rangierpersonal folgendes klarzulegen:

- a) Der Anschließer hat für jeden zugeführten und abgeholt beladenen Wagen die Anschlußgebühr zu zahlen, deren Höhe sich bemißt einerseits nach dem bei der Beförderung zurückzulegenden Schienenweg vom Tarifbf (im allgemeinen Mitte des Empfangsgebäudes) bis zur Mitte der Übergabegleise, andererseits nach dem Umfang des Wagenverkehrs auf dem Anschlusse (z. B. Verkehrsgruppe I bis 3000 gebührenpflichtigen Wagen je Kalenderjahr). Mit dieser Anschlußgebühr ist das ungeordnete Zustellen der Wagen an der Übergabestelle abgegolten. Wenn der Anschließer die Wagen an der Übergabestelle in bestimmter Reihenfolge geordnet bereitgestellt haben will (z. B. Kohlenwagen an der

Die Rede des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vor der Volkskammer am 15. 9. 51 zeigte uns mit aller Deutlichkeit den Ernst der Stunde, in der sich das deutsche Volk zur Zeit befindet, auf. Die Weltöffentlichkeit wurde auf das schändliche Treiben des USA-Imperialismus und der ihm verfallenen Junker und Industriearbete Westdeutschlands hingewiesen. Der erste Mahnruf muß allen ehrlichen Deutschen eine Verpflichtung sein, sich mit allen Mitteln gegen jede Kriegstreiberpolitik zu wenden und alle Kräfte für die Erhaltung des Weltfriedens einzusetzen.

Wir wollen keinen neuen Krieg, kein neues Elend. Was wir wollen, ist ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes Deutschland. Wir wollen mit-helfen, eine friedliche Welt zu gestalten, wo alle Völker der Erde in gegenseitiger Achtung ein wirklich menschliches Dasein führen.

K. Kummer
Verdienter Eisenbahner

Spitze), so ist das eine Leistung, die besonders bezahlt werden muß. Dieses Ordnen bedingt eine besondere rangierdienstliche Behandlung der Wagen. Für jeden leeren oder beladenen Wagen, der an besonderer Stelle des Bedienungszuges eingestellt wird, ist eine Sondergebühr in Höhe der tarifmäßigen Stellgebühr zu erheben (§ 21 [10] der PAB).

Beispiel:

In einer Bedienungsfahrt werden sechs Wagen, davon drei Kohlenwagen für einen Anschließer mitgeführt. Der Anschließer hat generell den Antrag gestellt, Kohlenwagen an der Spitze der Übergabestelle bereitzustellen. Für die drei Kohlenwagen ist neben der Anschlußgebühr noch die Stellgebühr in Rechnung zu stellen. Irrig ist die Auffassung einiger Ga, daß in solchen Fällen für alle sechs Wagen neben der Anschlußgebühr noch die Stellgebühr zu erheben ist.

- b) In vielen Fällen sind bei Privatgleisanschlüssen neben dem eigentlichen Hauptanschließer mehrere Mitbenutzer zugelassen. Für die tarifmäßige Anschlußgebühr hat die Reichsbahn die Wagen ungeordnet — d. h. völlig bunt für alle Benutzer durcheinander — an der Wagenübergabestelle des Hauptanschließers bereitzustellen. Das Ordnen der Wagen für die einzelnen Benutzer wäre an sich deren eigene Sache. In der Regel wird aber von

dem Hauptanschließer die Zuführung der Wagen für die Mitbenutzer meistens von vornherein in bestimmter Reihenfolge verlangt. Dies verursacht naturgemäß eine besondere rangierdienstliche Behandlung der Wagen. Hierfür ist gleichfalls für jeden leeren oder beladenen Wagen eine Sondergebühr in Höhe der tarifmäßigen Stellgebühr zu erheben.

- c) Die tarifmäßige Stellgebühr ist neben der Anschlußgebühr nach § 21 (10) der Allgemeinen Bedingungen für Privatgleisanschlüsse (PAB) zu zahlen, wenn auf Antrag Wagen nach anderen Stellen als den Übergabestellen zuzuführen oder von dort abzuholen sind. Hier sind die Rangierer immer wieder anzuweisen, daß den Beschäftigten der Anschließer auf solche Anträge nicht unentgeltlich Folge geleistet werden darf, sondern daß die Arbeiten zum Einheben der Gebühren der Ga mitgeteilt werden müssen.

Beispiel zu b) und c):

In einer Bedienungsfahrt befinden sich für den Hauptanschließer zehn Wagen und für einen Mitbenutzer (Kohlenhandlung) weitere vier Wagen, davon zwei Brennholzwagen. Dem Mitbenutzer bereitet die Abholung seiner vier Wagen von der Übergabestelle des Hauptanschließers zur Entladestelle Schwierigkeiten; er verlangt deshalb vom Rangierleiter, daß die vier Wagen von der Übergabestelle zu seiner Entladestelle gestellt und außerdem die beiden Brennholzwagen an die Spitze der Bedienungsfahrt gestellt werden, damit diese Wagen im Anschluß des Mitbenutzers an der von ihm gewünschten Stelle bei der Bereitstellung zu stehen kommen. Für sämtliche vier Wagen des Mitbenutzers ist die Anschlußgebühr und die Stellgebühr zu zahlen (Zuführung der Wagen nach anderen Stellen als den Übergabestellen). Für die zwei Brennholzwagen ist eine weitere Stellgebühr in Rechnung zu stellen, weil auf Antrag auch die Bereitstellung beladener Wagen in bestimmter Reihenfolge verlangt wird.

- d) Wird auf Verlangen des Anschließers die Beförderung beladener Wagen nach oder von dem Anschlusse mit besonderer Bedienung durchgeführt, die im Bedienungsplan (vereinbarte Bedienungszeit) nicht vorgesehen ist, so wird die anderthalbfache Anschlußgebühr erhoben. Verschiebungen der planmäßigen Bedienungsfahrten, die im Betrieb der Reichsbahn begründet sind, z. B. in der Verspätung der Züge des öffentlichen Verkehrs, begründen selbstverständlich nicht die Erhebung der anderthalbfachen Anschlußgebühr.
- e) Für leere Wagen, die zur Beladung zugeführt, aber ohne Verschulden der Reichsbahn nicht beladen und deshalb leer zurückgeholt werden, wird neben der tarifmäßigen Abstellgebühr oder dem Wagenstandgelde die tarifmäßige Rückholungsgebühr erhoben (z. Z. 4,20 DM je Wagen).

Die Erfahrung hat gezeigt, daß täglich vom Rangierpersonal Sonderleistungen ausgeführt werden, von denen weder die Bahnhofsleitung noch die zuständige Ga etwas erfährt. Die Rangierleiter sind deshalb bei den Produktionsberatungen immer wieder zu befragen, wo sie bei Anschlußbedienungen Sonderleistungen ausführen. Für die Verständigung der Ga durch die Rangierleiter ist der hierfür vorgesehene Vordruck zu verwenden. Falls dieser Vordruck fehlt, sind die Rangierleiter anzuweisen, der zuständigen Ga die ausgeführten Sonderleistungen in einfachster Form (Meldezettel) mitzuteilen. Keinesfalls dürfen die Meldungen aus Unkenntnis, aus Bequemlichkeit oder sogar bewußt unterbleiben und die Rb dadurch für ihre Leistungen kein Entgelt erhält. Alle Betriebs- und Verkehrsdienststellen wollen dieser Frage besondere Aufmerksamkeit widmen.

Ein Sonderfall gibt uns noch Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die zusätzlichen Leistungen der Rb nach der DV 226 (Leistungen für Dritte) abzurechnen und abzugelten sind, wenn z. B. bei plötzlichem Ausfall der Werklok die Übergabelok Rangierbewegungen im Anschluß selbst ausführt.

(32 Fktr Tgbk v. 28. 9. 51 / 52 74)

V. Reichsbahnausbesserungswerke

Betr.: Unterschrift der Werkbestellzettel **GDR 475**

Werkbestellzettel stellen Urkunden dar. Sie müssen daher mit vollem Namenszug unterzeichnet werden. Es bleibt den RAWen und Dienststellen darüber hinaus überlassen, unter der Unterschrift den Namen in Druckschrift und die Rufnummer zusätzlich zu verlangen.

(GDR V 52-2 Fullo 151/51 v. 24. 9. 51/31 787)

GDR 476

Betr.: Unsachgemäße Behandlung von Manometern

Wiederholt wird festgestellt, daß Kesseldruckmanometer unsachgemäß behandelt werden. Bei einer Untersuchung wurden 5 fabrikneue Druckmesser von dem Manometerwerk Matthes gefunden, die sämtlich überdrückt waren und deren Zeiger 1 bis 2 atü vor der Nullstellung standen.

Die Überprüfung dreier Lokomotiven ergab, daß bei keinem Kesseldruckmesser die in der DV 946 geforderte ringförmige Schleife als Wassersack vorgelegt war. Wird das unterlassen und der Druckmesser vielleicht noch plötzlich dem vollen Kesseldruck ausgesetzt, statt wie richtig allmählich, so bilden sich bei den Röhrenfeldern bleibende Formveränderungen, die ein Zurückspringen des Zeigers auf den Nullwert verhindern.

Es wurden ferner fabrikneue Druckmesser unzulässig geöffnet. Schieberkastendruckmesser wurden als Kesseldruckmesser verwandt. Die entsprechende Aufschrift „Schieberkasten“ wurde in „Kessel“ umgeändert. Kesseldruckmesser erfüllen aber erhöhte Anforderungen. Das Abnahmezeichen darf bei Manometern nicht aufgeschlagen werden, weil dadurch das Segment aus der Verzahnung springen kann.

Wir erwarten, daß diese Hinweise zu einer sachgemäßen Behandlung der Manometer führen.

(GDR 54, W 46/4 v. 27. 9. 51 Ri/Be 31 574)

Betr.: Vorrichtungswesen

GDR 477

Vom Zentralen Vorrichtungs-Konstruktionsbüro (ZVKB) wurden im Monat September nachstehende Konstruktionen abgeschlossen:

A) Verbesserungsvorschlag:

1. „Spannvorrichtung zum Anreißen der Teilung des Nonius“ nach Verbesserungsvorschlag des Kollegen Pfeiler, RAW Tempelhof.
Zchnng. Nr. Zw 854.56, Bl. 520

B) Neukonstruktion des ZVKB

Vorrichtungen:

2. Vorrichtung zum Gangbarmachen von Schraubenkupplungen.
Zchnng. Nr. Zg 804.99, Bl. 520
Kat.-Bl. LPG 01.304, Bild 1
3. Vorrichtung zum Reinigen verschmutzter Kupplungsspindeln.
Zchnng. Nr. Zg 804.99, Bl. 520a
Kat.-Bl. LPG 01.304, Bild 2
4. Vorrichtung zum Auswechseln von Tellern der Tragfederaufhängung (mechanisch).
Zchnng. Nr. Zg 805.68, Bl. 501
Kat.-Bl. PG 65.255a
5. Vorrichtung zum Auswechseln von Teilen der Tragfederaufhängung (hydraulisch).
Zchnng. Nr. ZG 805.70, Bl. 501
Kat.-Bl. PG 65.255b
6. Steifkupplung für die Fahrzeugausbesserung im Fließgang.
Zchnng. Nr. Zg 809.21, Bl. 503
Kat.-Bl. PG 01.273
7. Vorrichtung zum Nachpressen der Achslagerdeckel.
Zchnng. Nr. Zg 869.07, Bl. 501
Kat.-Bl. PG 08.294

Meßgeräte und Lehren:

8. Längslehre für die Stoßelführung in Ringfederhülsenpuffern.
Zchnng. Nr. Zg 834.37, Bl. 501
Kat.-Bl. LPG 01.032

9. Meßstand für Wagenradsätze
Zchnng. Nr. Zw 982.43, Bl. 501
10. Radreifenmeßlehre für Schmalspur.
Zchnng. Nr. Zg 834.20, Bl. 508

In Vorbereitung:

C) Neukonstruktionen

Vorrichtungen:

1. Maschine zum Nachdrehen der Sitzflächen an Rohrfanschen.
Zchnng. Nr. Zw 956.99, Bl. 501
Kat.-Bl. L 23.750
2. Abdrehvorrichtung für Rauchkammertürwanddichtflächen.
Zchnng. Nr. Zw 872.02, Bl. 511
3. Dreh- und Schleifmaschine für Domringdichtflächen.
Zchnng. Nr. Zw 984.06, Bl. 501

Meßgeräte und Lehren:

4. Felgenkranzbreiten- und Radreifenausbohrlehre.
Zchnng. Nr. Zg 834.87, Bl. 515
Kat.-Bl. LPG 08.043
5. Schiebelchre zum Anreißen der Achsgabelstege.
Zchnng. Nr. Zg 834.84, Bl. 510
Kat.-Bl. L 01.060

„DER VERKEHR“

Zeitschrift für das gesamte Verkehrswesen

6. Achsschenkellehre.
Zchnng. Nr. Zg 834.87, Bl. 516
Kat.-Bl. L 08.010
7. Schreiblehre für Radreifenummrisse.
Zchnng. Nr. Zg 834.88, Bl. 510
Kat.-Bl. PG 08.064
8. Lehre zum Prüfen der Versenkung des Federbundzapfenloches.
Zchnng. Nr. Zg 834.99, Bl. 571
9. Lehre zum Prüfen der Entfernung der Achslagergleitfläche.
Zchnng. Nr. Zg 834.99, Bl. 572
10. Meßgerät zum mechanischen Vermessen der Kreuzkopfgleitbahnen.
Zchnng. Nr. Zg 834.19, Bl. 506

Alle Dienststellen werden ersucht, Anregungen und Hinweise, die geeignet sind, den derzeitigen Entwicklungsstand der in Vorbereitung befindlichen Konstruktionen günstig zu beeinflussen, der Abt. V (Ref. Vorrichtungswesen) rechtzeitig bekanntzugeben.

D) Berichtigung:

In der Anlage A zum Mitteilungsblatt 12/51 unter Verfügungen und Bekanntmachungen — V Reichsbahnausbesserungswerke — GDR 432 — muß es unter Punkt 10 heißen:

Außen- und Innenmessungen bis 3000 mm Länge.
(GDR V/52/Zg 102/51 v. 1. 10. 51/64 013)

VII. Sicherungs- und Fernmeldewesen

Betr.: Flankenschutz der Fahrwege

GDR 478

Durch den Ausbau der zweiten Streckengleise und somit notwendig gewordenen eingleisigen Betrieb traten mehrere Unfälle dadurch auf, daß ein Zug durch Überfahren eines haltzeigenden Einfahrsignals mit einem aus der Gegenrichtung im Überholungsgleis eingefahrenen Zug zusammenstieß.

Um in Zukunft ähnliche Unfälle zu verhindern, wurde mit Verf. O/E IV 45 Ss 157 v. 9. 3. 49 eine Änderung des Flankenschutzes der Fahrwege angeordnet. Diese Änderung bestimmte, daß bei der Festlegung des Durchrutschweges auf ein evtl. Überfahren des Einfahrsignals aus der Gegenrichtung durch entsprechende Stellung der Eingangsweiche Rücksicht genommen werden soll.

Nach den Berichten der RBDen und nach unseren Feststellungen hat sich jedoch gezeigt, daß die mit Verf. O/E IV 45 Ss 157 v. 9. 3. 49 getroffene Anordnung sich nicht in allen Fällen durchführen läßt und zu Unklarheiten in der Festlegung des Durchrutschweges für einfahrende Züge führt.

Der Flankenschutz der Fahrwege hat sich auf den Fahrweg selbst und darüber hinaus auf den Durchrutschweg zu erstrecken. Ein Überfahren haltzeigender Hauptsignale kann nur durch Zugbeeinflussungseinrichtungen verhindert werden.

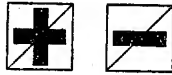
Die Verf. O/E IV 45 Ss 157 v. 9. 3. 49 wird hiermit aufgehoben. Es ist nach Verf. 60.600 Ssb 900 v. 20. 10. 43 zu verfahren.

In den Grundsätzen für den Flankenschutz der Fahrwege erhält die Bestimmung im § 3 (6) folgende Fassung:

„Die im Durchrutschweg liegenden Spitzweichen sind zu verschließen. Im Durchrutschweg liegende Stumpfweichen sind so einzustellen, daß sie von durchrutschenden Zügen nicht aufgeschnitten werden. Sie bleiben unverschlossen. Die Regelstellung derartiger Stumpfweichen ist auf den Schildern der Fahrtstraßenhebel zu vermerken.“

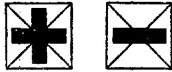
In der Verschlussstafel sind bei den betreffenden Fahrstraßen die Stellungen der im Durchrutschweg liegenden unverschlossenen Stumpfweichen einheitlich mit den als lfd. Nr. 476a und 476b in der DV. 832 aufgenommenen Zeichen darzustellen.

Lfd. Nr. 476a



Im Durchrutschweg liegende, unverschlossene Stumpfweichen, die sich in der angegebenen Regelstellung befinden sollen.

Lfd. Nr. 476b



Im Durchrutschweg liegende, unverschlossene Stumpfweichen, auf deren Regelstellung verzichtet werden muß, um nicht andere gleichzeitig nötige Fahrten auszuschließen. Alle Nummern der im Durchrutschweg liegenden unver-

schlossenen Weichen (lfd. Nr. 476a) sind entsprechend dem zu ergänzenden Blatt Ssme 321 021 auf den Schildern der Fahrstraßenhebel zu vermerken und einzuklammern und zwar + oder - Stellung der Weichen.

Die nach lfd. Nr. 476b zu kennzeichnenden Weichen erhalten das nach Blatt Ssme 321 011 für Zwieschutzweichen übliche Zusatzschild am Weichenhebel.

Bei elektrischen Stellwerken ist die Kennzeichnung mit entsprechender Beschriftung vorzunehmen.

Die Änderung der Grundsätze für den Flankenschutz der Fahrwege ist handschriftlich vorzunehmen. Die Verteilung des ergänzten Blattes Ssme 321 021 erfolgt besonders.

Zusatz für RBD Berlin:

Beim Neudruck der DV 832 (Z u M) ist die Ergänzung entsprechend zu berücksichtigen.

gez. Kramer

(Verf GD (71) - 5 Ssb 63 v. 27.9.51/31 471)

VIII. Planung und Statistik

GDR 479

Betr.: Befragung von Reichsbahndienststellen durch Dritte

Es besteht Anlaß, noch einmal darauf hinzuweisen, daß sämtliche Meldungen, Erhebungen, Berichterstattungen, Abrechnungen usw., die durch reichsbahnfremde Stellen von den Dienststellen der Deutschen Reichsbahn verlangt werden, den Genehmigungsvermerk des Statistischen Zentralamtes, Berlin tragen müssen (Anordnung der damaligen Deutschen Wirtschaftskommission v. 21.9.49). Fehlt dieser Vermerk, so ist die Bearbeitung abzulehnen gemäß § 5 dieser Anordnung. Das gilt sowohl von einmaligen Erhebungen wie auch von wiederkehrenden.

In letzter Zeit ist es häufig vorgekommen, daß die statistischen Kreisämter und andere reichsbahnfremde Stellen mit Erhebungen an unsere Dienststellen herantreten, die zwar diesen Genehmigungsvermerk des Statistischen Zentralamtes tragen, bei denen aber die Deutsche Reichsbahn

vom Kreis der meldepflichtigen Betriebe ausgenommen ist (z. B. die vierteljährliche IQ-Berichterstattung).

Meistens sind es einige wenige statistische Kreisämter, die irrtümlicherweise von Reichsbahndienststellen Erhebungen anfordern. Dadurch werden nicht nur unsere Kollegen unnütz belastet, sondern es sind die Zusammenfassungen solcher Erhebungen in der DDR-Ebene unreal, weil sie die Angaben einiger Rb-Dienststellen doppelt enthalten.

Da wir von den Maßnahmen der örtlichen Kreisämter nichts erfahren, bitten wir alle Reichsbahndienststellen, der GKB (oder ihrer Außenstelle bei der zuständigen RBD) in Zukunft Mitteilung zu machen, wenn durch reichsbahnfremde Stellen irgendwelche Erhebungen verlangt werden.

Mit der Durchführung der Erhebung ist zu warten, bis die GKB eine Klärung herbeigeführt hat.

(GDR 83.3/5026/51 v. 8.10.51/31 484)

IX./X. Materialbeschaffung, Einkauf

GDR 480

Betr.: Sammlung von Ferro-Silizium aus Azetylenanlagen
(Stoff Nr. 27.16)

Beim Füllen der Azetylenentwickler sowie bei der Entleerung des Karbidschlammes fallen mehr oder weniger grobe grauglänzende Stücke durch ihre gegenüber dem Karbid unterschiedliche Färbung und durch ihr Gewicht auf.

Es handelt sich hierbei um Ferro-Silizium, das dem Karbid beigemengt ist und als Nebenprodukt bei der Karbidherstellung entstanden ist.

auch die anfallenden geringsten Mengen der Wirtschaft nutzbar zu machen.

Bei den größeren RAWen, als den Großverbrauchern von Karbid, wurde dieses Ferro-Silizium bisher schon gesammelt.

Ab sofort haben alle karbidverbrauchenden Stellen der Reichsbahn dieses bei der Azetylenentwicklung anfallende Ferro-Silizium unbedingt zu sammeln.

Es ist im Gebäude unter einfachem Verschluss gesondert zu lagern und in der gleichen Weise wie der Eisen- und Buntmetallschrott, jedoch mit gesondertem Verkaufsschreiben, an die örtlich zuständigen Erfassungsstellen der VHZ Schrott zu verkaufen.

Der Abgabepreis richtet sich nach dem bei der Werksanalyse durch das Hüttenwerk festgestellten Metallgehalt. In den Monatsmeldungen über die Schrottverkäufe - Vfg. IX/X - V - 92 Mv 26 - 1019/51 v. 16.8.51 (Anlage A zum Mitteilungsblatt 12/51 Vfg. GDR 435) sind in den Meldungen nach Muster A unter dem neuen Abschnitt D die Ergebnisse über das Ferro-Silizium zu berichten.

152

(IX/X - 92 Mv 26 - 657/51 v. 1.10.51/31 606)

993

gez. Hetz

GDR 481

Betr.: Isoliermatten voll aus Glasgarngewebe gefertigt

Durch Umstellung der Produktion ist der VEB Glaswollwerk Steinach (Thür.) der VVB Westglas in der Lage, sämtliche Isoliermatten aus Glasgarngewebe zu liefern. Es wird ersucht, spezifizierten Bedarf umgehend dem VEB Glaswollwerk Steinach (Thür.) aufzugeben.

(IX/X - 101 - 5 v. 6.10.51/31 404)

Unsere Losung im Planjahr 1951:

Besser, schneller

und

rentabler transportieren

Ferro-Silizium ist ein Engpaßstoff und wird in großem Umfang zur Stahlveredlung und als Legierungszusatz bei den Hüttenwerken und Gießereien gebraucht.

Um den mit dem außerordentlichen Produktionsanstieg in der DDR im gleichen Umfang gestiegenen Bedarf an Ferro-Silizium weitmöglichst auszugleichen, ist es notwendig,

XI. Finanzen und Betriebswirtschaft

GDR 482

Betr.: 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung

Nachstehend bringen wir in Wortlaut eine erläuternde Stellungnahme des Ministeriums der Finanzen v. 26. 7. 51 zur 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung zur Kenntnis:

Ministerium der Finanzen

Berlin, den 26. 7. 1951
Sr.

Stellungnahme zur 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung

Zweifelsfragen hinsichtlich der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der volkseigenen Wirtschaft veranlassen das Ministerium der Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik zur Anwendung der 6. Durchführungsbestimmung vom 15. 7. 1949 — zur Verordnung über die Finanzwirtschaft der volkseigenen Betriebe — Lieferungs- und Zahlungsbedingungen — (ZVOB. S. 548) wie folgt Stellung zu nehmen:

1. Die 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung ist z. Z. in der unveränderten Fassung vom 15. 7. 1949 in Kraft. Eine Neufassung wird mit Einführung des Vertragssystems auf der Grundlage der Wirtschaftlichen Rechnungsführung in der volkseigenen Wirtschaft in Übereinstimmung mit dem Statut der volkseigenen Industrie erscheinen.

Ich begrüße den Volkskammerappell des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 15. 8. auf das wärmste und bin der festen Überzeugung, daß dieser Vorschlag unbedingt von jedem Deutschen angenommen werden muß, damit sich die Menschen von Ost und West endgültig zusammenfinden und über die Beratung der Einheit Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland einig werden.

Habe selbst den ersten und zweiten Weltkrieg mitgemacht und bin nun als Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik und als Friedenskämpfer zur Erhaltung des Friedens und zum Wohle unseres deutsch-demokratischen Vaterlandes mit aller Kraft tätig.

Als verdienter Eisenbahner der DDR fordere ich alle Kollegen auf, noch mehr als bisher um die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag zu kämpfen.

Erich Kohlmeier
Bw Rostock

2. Die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der 6. Durchführungsbestimmung zur Finanzwirtschaftsverordnung sind verbindlich für alle Verträge, die Lieferungen und Leistungen eines volkseigenen Betriebes betreffen. Auch wenn der Ankauf und der Absatz von Waren zwischen volkseigenen Betrieben nicht durch schriftlichen Vertrag erfolgt, finden die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen Anwendung. Für die Anwendung der 6. Durchführungsbestimmung ist es ohne Einfluß, wer im Einzelfall Empfänger der Ware oder Leistung ist.
3. Die Bezahlung des Rechnungsbetrages hat innerhalb einer Frist von 15 Tagen zu erfolgen. Diese Zahlungsfrist beginnt mit dem Datum der Rechnungsausstellung. Stimmen das Rechnungsdatum und das Datum des Postaufgabestempels nicht überein, so ist das Datum des Postaufgabestempels maßgebend (§ 4, Abs. 4, S. 2). Rechnungen sind daher am Ausstellungstage abzusenden.
4. Der Schuldner (Empfänger der Ware) hat fristgerecht gezahlt, wenn der Rechnungsbetrag am 15. Tage nach Rechnungsdatum bis zum Schluß der Geschäftszeit dem Gläubiger (Lieferer) zur Verfügung steht. Überweist der Schuldner den Betrag durch die Bank, so steht der

Betrag dem Gläubiger dann zur Verfügung, wenn der Betrag bei der Bank des Gläubigers eingegangen ist. Bezahlt der Schuldner mittels eines unmittelbar überbrachten Schecks, so ist die Frist gewahrt, wenn der Gläubiger am 15. Tage bis zum Schluß der Geschäftszeit den Scheck dem Gläubiger übergeben und dieser ihn an Erfüllungsort angenommen hat. Ist eine Annahme nur erfüllungshalber möglich, so ist fristgerecht gezahlt, wenn die Bank den Scheck innerhalb der Zahlungsfrist angenommen hat.

5. Einem kürzeren Zahlungsziel, einer Barzahlung oder Vorauskasse steht die 6. Durchführungsbestimmung nicht entgegen. Wird von einem Vertragspartner eine derartige Zahlungsweise angestrebt, so bedarf sie einer ausdrücklichen beiderseitigen Vereinbarung. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so kann Bezahlung entsprechend der 6. Durchführungsbestimmung erst 15 Tage nach Rechnungsdatum bzw. Postaufgabestempel gefordert werden. Bei Vereinbarung eines kürzeren Zahlungszieles, einer Barzahlung oder Vorauskasse ist die wirtschaftliche Lage beider Vertragspartner zu berücksichtigen. Kommt eine solche Vereinbarung nicht zustande, so darf das Zustandekommen des Vertrages daran nicht scheitern.

Sind die Voraussetzungen des § 6 der 6. Durchführungsbestimmung gegeben, so ist das volkseigene Lieferwerk auf Grund der 6. Durchführungsbestimmung verpflichtet, Vorauskasse zu fordern und seine Lieferungen und Leistungen von dieser abhängig zu machen.

6. Steht der Rechnungsbetrag dem Gläubiger nicht innerhalb der Zahlungsfrist von 15 Tagen zur Verfügung, so ist der Schuldner verpflichtet, für jeden verspätet gezahlten Tag einen Betrag von 0,05% des Rechnungsbetrages als Verzugszinsen zu zahlen. Voraussetzung für diese Verpflichtung ist lediglich, daß der Schuldner nach Fristablauf gezahlt hat. Ob der Gläubiger die für eine verspätete Zahlung ursächlichen Umstände zu vertreten hat oder nicht, ist unbeachtlich. Dies gilt auch bei Zahlungen mit Investitionsmitteln. Allein diese eindeutige Regelung kann gewährleisten, daß die Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der VEW ihren Zweck, die Zirkulationsphäre zu regeln und den Geldumlauf zu beschleunigen, erfüllen. Im Falle eines Schuldnerverzuges zu entrichtende Verzugszinsen tragen wirtschaftlich den Charakter einer Konventionalstrafe, bei der die Frage des Verschuldens unerheblich ist.

Haushaltsgebundene Einrichtungen, die zur Zahlung von Verzugszinsen verpflichtet sind, haben die hierfür benötigten Mittel bei anderen Ausgaben einzusparen.

7. Auf Grund des § 4 Abs. 3 der 6. Durchführungsbestimmung sind volkseigene Lieferwerke oder sonstige Einheiten der volkseigenen Wirtschaft berechtigt, bei Vorauszahlungen Skonto zu gewähren. Dies setzt aber voraus, daß eine entsprechende vertragliche Vereinbarung zustande gekommen ist, d. h. es muß im gegenseitigen Einvernehmen festgelegt sein, daß der Besteller Vorauskasse leistet und der Lieferer hierfür Skonto gewährt. Diese Vereinbarung muß gleichzeitig die Höhe des Skontos festlegen. Ohne eine solche vertragliche Voraussetzung darf Skonto weder gewährt noch abgezogen werden.
8. Das Geltendmachen einer Mängelrüge befreit nicht von der Einhaltung der Zahlungsfrist. Der Betrag einer Minderung ist zu verrechnen bzw. zurückzuerstatten, sobald eine Einigung über sie erzielt ist. Steht die Höhe der Minderung vor Ablauf der Zahlungsfrist fest, so ist der Rechnungsbetrag abzüglich der Minderung fällig. Mängel der Menge, Qualität und Sorte können unter den gesetzlich festgelegten Voraussetzungen innerhalb der Gewährfristen gerügt werden. Den Empfänger trifft jedoch darüber hinaus eine Anzeigepflicht, die an eine Frist von 15 Tagen gebunden ist. Diese der Zahlungsfrist entsprechende Frist beginnt von dem Termin an zu laufen, an dem der Empfänger in der Lage war, die Ware zu prüfen. Wann dies der Fall ist, hängt von den Umständen des Einzelfalles und der Beschaffenheit der Ware ab. Der Empfänger der Ware hat also die gelieferte Ware zu prüfen, sobald die Möglichkeit hierzu besteht. Stellt er einen Mangel fest, so hat er diesen binnen 15 Tagen dem Lieferer anzuzeigen. Für verspätet angezeigte Mängel haftet der Lieferer nicht. Die gesetzliche Vichmängelhaftung wird hiervon nicht berührt.

9. Da ein Unterschied zwischen der Verordnung des Magistrats von Groß-Berlin und der 6. Durchführungsbestimmung besteht, ist darauf hinzuweisen, daß die 6. Durchführungsbestimmung auf alle Verträge Anwendung finden muß, bei denen ein den finanzwirtschaftlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik unterstehender Betrieb der volkseigenen Wirtschaft als Lieferer auftritt. Auf den Besteller kommt es hierbei nicht an. Ist Lieferer ein den finanzwirtschaftlichen Bestimmungen des Magistrats von Groß-Berlin unterstehender volkseigener Betrieb, so ist nach der Verordnung des Magistrats von Groß-Berlin zu verfahren.
10. Die 6. Durchführungsbestimmung beinhaltet nicht alle im Einzelfall notwendigen Vertragsbestandteile. Sie ist infolgedessen im Einzelvertrag durch weitere vertragliche Vereinbarungen zu ergänzen. Ob und in welchem Umfang weitere branchenbedingte vertragliche Regelungen eingreifen, muß der jeweils abschließende Vertrag regeln. Vereinbarungen, die den Bestimmungen der 6. Durchführungsbestimmung entgegenstehen, sind jedoch nichtig. An ihre Stelle tritt die jeweilige Bestimmung der 6. Durchführungsbestimmung.

Es wird gebeten, bei Anwendung der Lieferungs- und Zahlungsbedingungen der volkseigenen Wirtschaft ent-

sprechend dem Ausgeführten zu verfahren. Rundschriften, Anordnungen, Anweisungen und andere Hinweise, die eine abweichende Auffassung vertreten, sind ungültig.

Ministerium der Finanzen

Berlin, den 26. Juli 1951. i. V. des Hauptabteilungsleiters
Dr. Hentze
Gruppenleiter

(GDR 116/F 29/6372/51 v. 1. 10. 51/31 618)

Betr.: Betriebswirtschaft

Aufteilung des Wi-Bereiches Bw 32

GDR 483

Der bisherige Wi-Bereich Bw 32 Reichsbahnamt Güstrow ist auf Antrag der RBD Schwerin in die beiden Wi-Bereiche Reichsbahnamt Güstrow und Reichsbahnamt Rostock aufgeteilt worden.

Zum Wi-Bereich „Maschinentechnik“ Reichsbahnamt Rostock gehört das Bw Rostock mit Kbw-Teil.

Zum Wi-Bereich „Maschinentechnik“ Reichsbahnamt Güstrow gehören das Bw Güstrow und das Bw Waren.

Der neue Wi-Bereich Rostock erhält die Ordnungsnr. 35. Die Veränderung tritt ab 1. 9. 51 in Kraft.

(GDR 117.3 v. 26. 9. 51/31 985)

XII. Arbeit und Lohn

GDR 484

Erläuterungen Nr. 1

der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn
und des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn zum
Rahmen-Kollektivvertrag vom 11. 6. 51

Um die einheitliche Anwendung der Bestimmungen des Rahmen-Kollektivvertrages in allen Dienststellen und Betrieben der Deutschen Reichsbahn sicherzustellen, geben die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn und der Zentralvorstand der IG Eisenbahn die nachstehenden Erläuterungen bekannt:

1. Zu Abschnitt II A 1 a) (S. 18):

Als Arbeiter gelten die Beschäftigten, die Arbeiten nach dem Lohngruppenkatalog (Anlage 6 RKV) ausführen, sowie die LKW-Fahrer und LKW-Beifahrer.

Als Angestellte gelten die Beschäftigten, die Arbeiten nach dem Tätigkeitsverzeichnis für die Arbeitsplatzbewertung (Anlage 8 RKV) verrichten und die nach der Gehaltsgruppeneinteilung (Anlage 7 RKV) entlohnt werden, sowie die PKW-Fahrer.

Beschäftigte, die ständig wechselweise Arbeiter- und Angestelltenfähigkeiten verrichten, wie z. B. die Ablöser oder Springer, gelten als Arbeiter. Bahnhofshelfer, die nach der Gehaltsgruppeneinteilung entlohnt werden (Gehaltsgruppe 2), gelten als Angestellte.

2. Zu Abschnitt II A 1 b) (S. 18 und 54):

Der Rahmen-Kollektivvertrag ist unabhängig von der Einführung der Betriebskollektivverträge, für die Reichsbahnausbesserungswerke mit Wirkung vom 1. 8. 51 und für alle übrigen Dienststellen und Betriebe der Deutschen Reichsbahn mit Wirkung vom 1. 9. 51 in Kraft getreten.

3. Zu Abschnitt II B 1 a) (S. 18):

Die Dienststellen- oder Betriebsleitung wird verantwortlich vertreten durch den Dienststellenvorsteher bzw. Betriebsleiter. Besondere Arbeitsverträge (ausgenommen bei Neueinstellungen) werden mit den Arbeitern und Angestellten nicht abgeschlossen. Das Arbeitsbuch bzw. die Ersatzkarte für das Arbeitsbuch ist der amtliche Nachweis über das Bestehen des Arbeitsverhältnisses.

Für den Abschluß von Lehr- und Umschulungsverträgen gelten die Grundsätze der vom Ministerium für Arbeit aufgestellten Musterverträge.

Bei Kündigungen und Entlassungen gelten die Bestimmungen der Verordnung über Kündigungsrecht vom 7. 6. 51 (GBl. Nr. 69/51 S. 550).

4. Zu Abschnitt II B 2 (S. 18 und 19):

Maßgebend ist nicht die Ortsklasse am Sitz der Dienststelle, sondern die Ortsklasse des tatsächlichen ständigen Beschäftigungsortes.

Bei Eingemeindungen von Beschäftigungsorten sind die Tarifsätze der höheren Ortsklasse vom Tage des Inkrafttretens der gesetzlich angeordneten Eingemeindung an zu zahlen.

Für Schrankenwärter, die planmäßig auf mehreren Schrankenwärterposten mit verschiedenen Ortsklassen beschäftigt sind, ist der Schrankenwärterposten mit der höchsten Ortsklasse für die Entlohnung maßgebend.

Für Dienststellenvorsteher der Bahnmeistereien, Signalmeistereien, Fernmeldemeistereien, Fahrleitungsmeistereien und Starkstrommeistereien (Abschnitt II B 2 a) und b)) gilt als Unterhaltungsbezirk der Bereich der gesamten Dienststelle. Die gleiche Regelung gilt auch für die ständigen Vertreter dieser Dienststellenvorsteher.

Diese Regelung gilt jedoch nicht für Amtsvorstände und ihre Vertreter.

Zu den beweglichen Betriebseinheiten gehören auch die Bautrupps, soweit diese dauernd im Einsatz sind.

5. Zu Abschnitt II B 4, 5, 6, 7 D und E (S. 20 bis 25 und 32 bis 37):

Bei der Berechnung des Teilmonatslohnes ist für Jugendliche vom vollendeten 14. bis zum vollendeten 16. Lebensjahr $\frac{1}{182}$ und für Jugendliche vom vollendeten 16. bis zum vollendeten 18. Lebensjahr $\frac{1}{185}$ des Monatslohnes einem Stundenlohn gleichzusetzen.

6. Zu Abschnitt II C 1 a) (S. 26):

Die Einstufung der Arbeiter erfolgt für die Reichsbahnausbesserungswerke mit Wirkung vom 1. 8. 51 und für die übrigen Dienststellen und Betriebe mit Wirkung vom 1. 9. 51 durch den Dienststellen- oder Betriebsleiter im Einverständnis mit der Betriebsgewerkschaftsleitung.

Die Eingruppierung und jede Änderung sind auf der Lohngrundkarte einzutragen und vom Arbeiter unterschrieben anzuvermerken. Besondere schriftliche Mitteilungen hierüber erfolgen nicht.

7. Zu Abschnitt II C 2 a) und b) (S. 26):

Arbeitern, die nicht nur vorübergehend, sondern ständig mit niedriger bewerteten Arbeiten beschäftigt werden, ist das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist zu kündigen und gleichzeitig die Arbeit in der niedrigeren Lohngruppe anzubieten.

8. Zu Abschnitt II C 4 (S. 28):

Treten während der Bearbeitung Materialfehler auf, die sich bei Beginn der Arbeit nicht feststellen ließen, so wird die gearbeitete Zeit im Zeitlohn bzw. Leistungsgrundlohn bezahlt.

9. Zu Abschnitt II C 5 d) (S. 28):

Grundsätzlich ist bei Betriebsstörungen durch sofortige Zuweisung anderer Arbeiten Arbeitszeitausfall zu vermeiden. Können andere Arbeiten nicht zugewiesen werden, sind 90% des Zeitlohnes zu zahlen.

Bei Betriebsstörungen als Folge von Witterungseinflüssen (Regenfälle, Frost usw.) wird die ausgefallene Arbeitszeit, längstens bis zum Ende der festgesetzten

täglichen Arbeitszeit oder Arbeitsschicht, mit dem Zeitlohn (ohne Zuschläge) bezahlt, wenn dem Arbeiter nicht eine andere Arbeit zugewiesen wird.
Für die weitere Dauer solcher Betriebsstörungen sind 90 % des Zeitlohnes zu zahlen.

10. Zu Abschnitt II C 9 a) (S. 30):

Für Beschäftigte, mit denen Einzelverträge abgeschlossen sind, werden Zuschläge zur Entlohnung nach Anlage I RKV nicht gewährt.

11. Zu Abschnitt II C 9 b) 1 (S. 30):

Grundsätzlich sind Überstunden durch Freizeit auszugleichen. Dieser Ausgleich ist bis zum Ende des folgenden Abrechnungszeitraumes durchzuführen.

Der Überstundenzuschlag ist nur dann zu zahlen, wenn die festgesetzte tägliche regelmäßige oder planmäßige Arbeitszeit um mindestens 60 Minuten überschritten wird und die Überstunden nicht durch Freizeit ausgeglichen werden können.

12. Zu Abschnitt II C 9 b) (S. 30):

Treffen mehrere Zuschläge nach b) 1 bis 3 zusammen, ist nur der höhere Zuschlag zu zahlen.

Der Nachtarbeitszuschlag ist in jedem Falle zu gewähren.

13. Zu Abschnitt II C 9 b) 2 (S. 30):

Wird bei Schichtarbeit außerplanmäßig Arbeit an Ruhetagen (arbeitsfreie Tage an Stelle der Sonntage) geleistet, ist der Sonntagszuschlag von 50 % zu zahlen.

14. Zu Abschnitt II C 9 c) (S. 31):

Angestellte erhalten bei ausfallender Arbeitszeit an gesetzlichen Wochenferiertagen ihr Gehalt weitergezahlt; planmäßigen Ablösern ist das Gehalt nach der Gehaltsgruppe weiterzuzahlen, in der sie planmäßige Dienst verrichten würden.

15. Zu Abschnitt II C 9 d) (S. 31):

Als leitendes und technisches Personal gelten:

Angestellte mit Einzelvertrag,

Angestellte der Gehaltsgruppen 11 bis 13,

aus Gehaltsgruppe 8:

Vorsteher von Dienststellen der Rangklasse II,

Vertreter der Vorsteher von Dienststellen der Rangklasse I b;

aus Gehaltsgruppe 9:

Abteilungsleiter und Kulturleiter der Reichsbahnämter, Vorsteher von Dienststellen der Rangklasse I b;

Vertreter der Vorsteher von Dienststellen der Rangklasse I a;

aus Gehaltsgruppe 10:

Dezernenten in den Reichsbahndirektionen, stellvertretende Amtsvorstände, Abteilungsleiter und Kulturleiter der Reichsbahnämter und Reichsbahnausbesserungswerke, Abnahmeingenieure, Leiter von Werkstattabnahmestellen, Vorsteher von Dienststellen der Rangklasse I a.

16. Zu Abschnitt II D a) (S. 32 bis 33):

Bei den Gehaltssätzen der Angestellten ist zwischen Anfangs-, Höchst- und Grundgehalt zu unterscheiden. Das Anfangs- und das Höchstgehalt sind in den Tabellen aufgeführt.

Als Grundgehalt gilt das für den Angestellten festgesetzte Gehalt.

17. Zu Abschnitt II D c) (S. 34):

Die Einstufung der Angestellten erfolgt für die Reichsbahnausbesserungswerke mit Wirkung vom 1. 8. 51 und für die übrigen Dienststellen und Betriebe mit Wirkung vom 1. 9. 51 durch den Dienststellen- oder Betriebsleiter im Einverständnis mit der Betriebsgewerkschaftsleitung.

Dienststellen- oder Betriebsleiter sind durch den zuständigen Amtsvorstand bzw. den Präsidenten der Reichsbahndirektion im Einvernehmen mit der örtlichen Betriebsgewerkschaftsleitung einzustufen.

Die Einstufung und jede Änderung sind auf der Lohngrundkarte einzutragen und vom Angestellten unterschrieben anzuvermerken, besondere schriftliche Mitteilungen hierfür erfolgen nicht.

18. Zu Abschnitt II D h) (S. 34):

Angestellten, die nicht nur vorübergehend, sondern ständig mit niedriger bewerteten Arbeiten beschäftigt werden, ist das Arbeitsverhältnis unter Einhaltung der

gesetzlichen Kündigungsfrist zu kündigen und gleichzeitig die Arbeit in der niedrigeren Gehaltsgruppe anzubieten.

19. Zu Abschnitt II D i) (S. 34):

Als „Ausbildung für eine andere Tätigkeit“ gilt die laufbahnmäßige sowie jede andere Ausbildung für höher bewertete oder andere gleichbewertete Arbeiten.

20. Zu Abschnitt II B, C, D und E (S. 18 bis 37):

Abrechnungszeitraum ist der Kalendermonat.

Arbeiter erhalten am 10., 20. und 28. eines jeden Monats Abschlagszahlungen in ungefährrer Höhe ihres Verdienstes und die Restzahlung mit der ersten Abschlagszahlung im folgenden Monat.

Angestellte, Lehrlinge und Nachwuchskräfte erhalten am 28. eines jeden Monats ihren Monatsverdienst für die Zeit vom 1. bis letzten Tag des Monats.

Reste oder Überzahlungen sind mit der nächsten Gehaltszahlung zu verrechnen.

Der Lohn ist während der Arbeitszeit auszuzahlen.

Ist der Gehalts- oder Lohnzahlungstag ein Sonnabend, ist die Zahlung am vorhergehenden Freitag zu leisten.

Fällt der Gehalts- oder Lohnzahlungstag auf einen Sonntag, erfolgt die Zahlung am darauffolgenden Montag.

21. Zu Abschnitt II F 4 (S. 37):

Vorsteher oder Betriebsleiter bzw. deren Vertreter und die BGL-Vorsitzenden oder deren Vertreter müssen Mitglieder des Lohnausschusses sein.

22. Zu Abschnitt II G 1 b) und c) (S. 37):

Lebenskameraden sind Personen, die mit einer Person des anderen Geschlechts in einem auf Dauer abgestellten eheähnlichen Verhältnis einen gemeinsamen Haushalt führen.

Ein eheähnliches Verhältnis bzw. eine gemeinsame Haushaltsführung liegt vor, wenn sämtliche zur Wohnung gehörenden Räume so wie es unter Eheleuten üblich ist, gemeinsam benutzt werden. Die in einem eheähnlichen Verhältnis lebenden Personen gelten nur dann als Lebenskameraden, wenn die gemeinsame Haushaltsführung wenigstens sechs Monate besteht.

23. Zu Abschnitt II G 2 (S. 38):

a) Bei Freistellungen zu Tagungen, Schulungs- und Ausbildungslehrgängen der demokratischen Organisationen richtet sich die Bezahlung nach der im GBl Nr. 80/1950 S. 686 veröffentlichten Anordnung vom 15. 7. 50. Danach ist in diesen Fällen für die ersten zwei Wochen der Lohn wie beim Erholungsurlaub (Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate) und für die weitere Dauer der Zeit- oder Leistungsgrundlohn bzw. das Grundgehalt zu zahlen.

b) Arbeiter und Angestellte, die auf dienstliche Anordnung zum Zwecke der Qualifizierung auf ihrem Arbeitsgebiet an Lehrgängen oder sonstigen Schulungen der Deutschen Reichsbahn teilnehmen, erhalten für die Dauer dieser Zeit den Durchschnittsverdienst der letzten Lohnperiode weitergezahlt.

c) Bei Übungen und Einsätzen der Reichsbahn-Feuerwehren, auch außerhalb des Bahnbereiches, ist der Durchschnittsverdienst der letzten Lohnperiode zu zahlen.

Diese Regelung gilt nicht für die Brandschutzleiter.

d) Mitglieder der BGL, die zur Erledigung ihrer Aufgaben ganz oder teilweise von der Arbeitsleistung befreit sind, erhalten den Durchschnittsverdienst der letzten Lohnperiode weitergezahlt.



Freigestellte BGL-Mitglieder dürfen in ihrer fachlichen Entwicklung nicht benachteiligt werden.

Sie sind nach einer höher bewerteten Arbeit zu entlohnen, wenn sie ohne Freistellung eine solche entsprechend ihrer Qualifizierung verrichten würden.

- e) Zum Durchschnittsverdienst gehören Zeitlohn, Leistungsgrundlohn einschließlich Leistungslohnüberverdienst, Gehalt, Zuschläge für Brigadiere, Prämien für Meister, Ingenieure und Techniker, sonstige Prämien für Zeitlöhner (Abschnitt II C 8), Zuschläge für gefährliche und gesundheitsschädigende Arbeiten, Zuschläge für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit, Vergütung für Dienstbereitschaft, Ausgleichzulagen.

Zum Durchschnittsverdienst gehören nicht:

einmalig gewährte Prämien (wie Prämien für langjährige Beschäftigungsdauer, zusätzliche Belohnung nach der Verordnung vom 9. 10. 50), Vergütungen für Einzelleistungen (wie Prämien für Aktivisten, Sieger im Wettbewerb und für Verbesserungsvorschläge), Vergütungen für Überstunden einschließlich Überstundenzuschläge, Trennungsgelder (Vergütungen nach der Reisekostenverordnung und dem Montageabkommen), Trennungsaufwand für Lehrlinge und Nachwuchskräfte, Entschädigungen für Werkzeuge, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge; Kassenverlustentschädigung sowie Zahlungen aus dem Direktorfonds.

Krankentage und Arbeitsversäumnis ohne Lohnanspruch sind vom Berechnungszeitraum abzuziehen.

24. Zu Abschnitt II G 3 (S. 38):

Bei Berechnung des Nettoverdienstes ist der Durchschnittsverdienst der letzten drei Monate zugrunde zu legen.

Der Nettoverdienst ergibt sich durch Abzug der Lohnsteuer (ohne Kirchensteuer) und des Sozialversicherungsbeitrages vom Bruttoverdienst.

Der Krankengeldzuschuß nach Abschnitt II G 3 a) ist stets vom 4. Tage der Arbeitsunfähigkeit an zu zahlen, auch wenn Krankengeld bei einer Krankheitsdauer von 14 und mehr Tagen vom ersten Tage der Arbeitsunfähigkeit an gezahlt wird. Der Krankengeldzuschuß bis zu sechs Wochen ist auch bei Durchführung einer vom Versicherungsträger bewilligten Kur oder eines Heilverfahrens zu zahlen.

Die Dauer von 6 bzw. 13 Wochen rechnet vom ersten Tage der Krankengeldzuschußzahlung an.

Lehrlinge erhalten bei einer durch Krankheit verursachten Arbeitsunfähigkeit den Krankengeldzuschuß bis zur Dauer von zwölf Wochen gezahlt (GBI. 1950 S. 819). Als Jahr gilt das Kalenderjahr.

Der sechswöchige Krankengeldzuschuß ist auf die Krankengeldzuschußzahlung bei Betriebsunfällen nicht anzurechnen.

Der Anspruch auf Krankengeldzuschuß nach den Bestimmungen des RKV vom 11. 6. 51 für 6 bzw. 13 Wochen im Jahre beginnt für die Reichsbahnausbesserungswerke mit dem 1. 8. 51 und für alle übrigen Dienststellen und Betriebe mit dem 1. 9. 51, ohne daß vorher geleistete Zahlungen angerechnet werden.

War z. B. die Arbeitsunfähigkeit am 29. 7. bzw. 29. 8. oder vorher eingetreten, beginnt der Anspruch auf Krankengeldzuschuß also ab 1. 8. bzw. 1. 9. 51.

Bei Eintritt der Arbeitsunfähigkeit am 30. 7. bzw. 31. 7. oder am 30. 8. bzw. 31. 8. beginnt der Anspruch auf Krankengeldzuschuß am 2. 8. bzw. 3. 8. oder am 2. 9. bzw. 3. 9. 51.

25. Zu Abschnitt II G 4 (S. 38 und 39):

Die Bestimmungen über die Gewährung des Hausarbeitstages sind im Einzelfalle unter Berücksichtigung der besonderen häuslichen und betrieblichen Verhältnisse anzuwenden, wobei in Härtefällen der Hausarbeitstag gewährt werden kann.

26. Zu Abschnitt II (Rechtsbestimmungen):

Werden Beschäftigte während ihrer Ruhezeit oder Dienstbereitschaft zur Arbeitsleistung eingesetzt, ist ihnen für die Zeit der Arbeitsleistung der entsprechende Lohn einschließlich etwaiger Zuschläge zu zahlen.

Die Vergütung für Dienstbereitschaft entfällt für die Zeit der Arbeitsleistung.

27. Zu Abschnitt IV 1 a) (Arbeitsschutzmaßnahmen) (S. 44):

Die Arbeitsschicht setzt sich aus der Arbeitszeit und den Pausen zusammen.

Für Beschäftigte im stationären Dienst darf die Arbeitsschicht im Höchstfall zwölf Stunden betragen.

Für Beschäftigte im Lokfahr-, Zugbegleit- und Kraftwagendienst darf die Arbeitsschicht bis zu zwölf Stunden und in den nachstehenden Fällen, mit Ausnahme des Kraftwagendienstes, bis zu 16 Stunden betragen:

- a) wenn die Arbeitsschicht durch eine Fahrgastfahrt beendet wird,

- b) wenn es sich um eine Arbeitsschicht handelt, die Pausen von fünfstündiger Gesamtdauer enthält, von denen eine mindestens drei Stunden betragen muß.

Die planmäßige Fahrzeit auf Lokomotiven oder Triebwagen sowie die Führung von Kraftfahrzeugen darf acht Stunden in einer Arbeitsschicht nicht übersteigen. Planmäßige Unterwegsaufenthalte rechnen nicht zur Fahrzeit.

Zur planmäßigen Fahrzeit auf der Lok gehören die reine Fahrzeit, die Zeiten für die Fahrten vom und zum Zuge und die Rangierzeiten.

Pausen sind Arbeitsunterbrechungen, die eine Entfernung vom Arbeitsplatz gestatten und in denen jede Verpflichtung zur Arbeit ausgeschlossen ist. Pausen unter 15 Minuten sind unzulässig.

Pausen, die in der Arbeitsschicht vorgesehen sind und durch betriebliche Vorkommnisse nicht eingehalten werden können, rechnen als Arbeitszeit.

Zwischen zwei Arbeitsschichten muß eine Ruhezeit von mindestens zehn Stunden liegen.

Die Ruhezeit kann mit Ausnahme des Kraftwagendienstes verkürzt werden:

- a) bei kurzem Schichtwechsel auf mindestens acht Stunden,

- b) für Beschäftigte im Lokfahr- und Zugbegleitdienst auf mindestens fünf Stunden, wenn sie außerhalb des Heimatortes verbracht wird.

Jugendlichen bis zum vollendeten 18. Lebensjahr sowie Schwangeren und stillenden Müttern ist in jedem Falle eine Ruhezeit von mindestens 14 Stunden zu gewähren. Von den Ruhetagen (arbeitsfreie Tage an Stelle der Sonntage) sollen mindestens 17 auf Sonntage und ein weiterer auf die Oster-, Pfingst- oder Weihnachtsfeiertage fallen.

Ein Ruhetag muß eine Ruhezeit von mindestens 32 Stunden umfassen.

Die Arbeitszeit beginnt und endet am zugewiesenen Arbeitsplatz.

Bei Überschreitungen der festgesetzten täglichen oder planmäßigen Arbeitszeit werden die einzelnen Überschreitungen im Abrechnungsmonat, sofern sie nicht durch Freizeit ausgeglichen sind, zusammengerechnet und der Rest auf eine halbe Stunde aufgerundet.

In den Bahnmeistereien sind für die jeweils auszuführenden Arbeiten der einzelnen Rotten Sammelstrecken festzulegen, die für Beginn und Ende der Arbeitszeit maßgebend sind. Die Sammelstrecke darf in ihrer Gesamtausdehnung nicht mehr als 5 km in der Länge und 2 km in der Breite, vom Bahnkörper ab gerechnet, betragen.

Arbeiten zur Rotte gehörende Beschäftigte außerhalb der Sammelstrecke, werden für Hin- und Rückweg vom Endpunkt der Sammelstrecke bis zur neuen Arbeitsstelle für jedes volle Kilometer 12 Minuten auf die Arbeitszeit angerechnet. Bei Benutzung von Reichsbahnfahrzeugen oder öffentlichen Verkehrsmitteln wird die tatsächliche Fahrzeit angerechnet. Diese Wege- oder Fahrzeiten sind mit dem Zeitlohn zu vergüten, auch wenn sie außerhalb der festgesetzten Arbeitszeit liegen.

Diese Regelung ist sinngemäß auf die Gleis- und Weichenbauzüge anzuwenden, wenn sie nicht unmittelbar an der Arbeitsstelle abgestellt werden können.

28. Zu Abschnitt IV 3 (Arbeitsschutzmaßnahmen):

Bei besonders schmutzigen Arbeiten und bei Arbeiten mit giftigen Stoffen wird den Beschäftigten eine Waschzeit bis zu 20 Minuten, die zur Arbeitszeit gehört, gewährt. Die Waschzeit ist mit dem Zeitlohn zu vergüten. Die Arbeiten, für die Waschzeiten gewährt werden, sind nachstehend aufgeführt. Sie sind vom Dienststellen- oder Betriebsleiter gemeinsam mit der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Arbeitsschutzkommission den örtlichen Verhältnissen entsprechend festzulegen und durch Aushang bekanntzugeben.

1. Kohlen- und Schlackeladen, Arbeiten mit losem Kalk, Zement, Schamottmehl, Müllarbeiten;

2. Entleeren, reinigen und reparieren der Klär- und Abwasseranlagen, Rohrkanäle, Senk- und Abortgruben sowie der Sammelbehälter von Abortanlagen;
 3. Ausschlacken, Ascheziehen, Rauchkammer reinigen;
 4. Rohre reinigen und blasen;
 5. Feuerbüchse reinigen;
 6. Auswaschen und reinigen der Kessel, Kesselstein abstoßen, Tender klopfen.
 7. Putzen und abreiben der Fahrzeuge mit Öl.
 8. Muffelfeuerarbeiten.
 9. Farb- und Ölsprizarbeiten.
 10. Wagen schmieren.
 11. Arbeiten an Abkochanlagen.
 12. Arbeiten am Sandstrahlgebläse.
 13. Aus- und Einbau von Triebmotoren und Kompressoren bei VT- und S-Bahnwagen.
 14. Arbeiten an den Batteriekästen der Wagen.
 15. Abrißarbeiten an Fahrzeugen und in der Kessel Schmiede.
 16. Arbeiten an Fahrzeugen unterhalb des Rahmens.
 17. Achsbuchsuntersuchungen.
 18. Arbeiten an der Achssenke und in der Rauchkammer.
 19. Unterhaltungsarbeiten an Diesellokomotiven, die mit Braunkohlendieselöl betrieben werden.
 20. Arbeiten an Schmiede- oder Glühöfen bei einer Außentemperatur von mehr als 24 Grad Celsius.
 21. Entrostungsarbeiten.
 22. Arbeiten an Verschlusskästen, in Batterieräumen und Spannwerksräumen der Stellwerke.
 23. Arbeiten an Quecksilberdampfgleichrichtern bei Berührung mit Quecksilber.
 24. Arbeiten, die unter das Bleimerkblatt fallen.
 25. Arbeiten mit Teer, Teergasöl, Karbolineum, Bitumen oder frisch imprägnierten Hölzern.
 26. Unterhaltungsarbeiten an Weichen und Gleis-schmierapparaten, ölen der Signale.
 27. Gleisbau- und Unterhaltungsarbeiten an Gleisanlagen.
- 29. Zu Abschnitt IV 4 (Arbeitsschutzmaßnahmen) (S. 45):**
- Der Urlaub für die Arbeiter und Angestellten ist nach den Bestimmungen der Verordnung über Erholungsurlaub vom 7. 6. 51 (GBl. Nr. 69/1951 S. 547, bekanntgegeben im Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn Nr. 10/51 Anlage A vom 23. 7. 51) in eigener Verantwortung durch die Dienststellen- oder Betriebsleitung im Einvernehmen mit der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Arbeitsschutzkommission festzulegen.
- Der gemäß § 17 der Verordnung vom 9. 10. 50 (Eisenbahnverordnung GBl. Nr. 115/1950 S. 1063) zu gewährende Zusatzurlaub von drei Tagen für eine Beschäftigungsdauer von mehr als 30 Jahren ist in jedem Falle zusätzlich zu gewähren.
- Die Urlaubsdauer für das Jahr 1951 ist für jeden Beschäftigten nach den Bestimmungen der Verordnung über Erholungsurlaub zu überprüfen.
- Beschäftigte, die ihren Erholungsurlaub für das Jahr 1951 nach den Bestimmungen des Tarifvertrages vom 26. 2. 50 erhalten haben und für die sich nach der Urlaubsverordnung ein höherer Urlaubsanspruch ergibt, ist der Unterschied des Urlaubs nachzugewähren. Sofern Beschäftigte nach dem Tarifvertrag vom 26. 2. 50 vor der Bekanntgabe der Verordnung über Erholungsurlaub im Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn einen höheren Urlaub bereits erhalten haben, als ihnen nach dieser Verordnung zusteht, behält es damit sein Bewenden.
- 30. Zu Abschnitt VII Schlußbestimmungen (S. 53):**
- Mit dem Inkrafttreten des Rahmen-Kollektivvertrages werden mit Wirkung vom 1. 8. 51 für die Reichsbahnausbesserungswerke und mit Wirkung vom 1. 9. 51 für alle übrigen Dienststellen und Betriebe außer Kraft gesetzt:
1. der Tarifvertrag vom 26. 2. 50 mit allen dazu ergangenen Verfügungen,
 2. die Erläuterungen Nr. 1—6.

Für den Bereich von Großberlin werden außerdem ungültig:

1. die Reichsbahnbesoldungsordnung,
2. der Kollektivvertrag vom 20. 3. 47 mit allen dazu ergangenen Verfügungen,
3. die Gedingeordnungen,
4. die Vereinbarung über Leistungsprämienlohn für Lehrgesellen vom 12. 12. 50.

31. Zu Anlage 6 Lohngruppenkatalog (S. 84):

Zu Lohngruppe 4a):

Hemmschuhleger sind nur dann in die Lohngruppe 4 einzugruppieren, wenn sie ausschließlich diese Tätigkeit ausführen. Werden andere Rangierarbeiten mit verrichtet, sind sie in die Lohngruppe 5 einzugruppieren.

Zu Lohngruppe 8:

Für Lehrgesellen sind die Bestimmungen der Vereinbarung über Zeitlohnarbeiten, die im unmittelbaren Zusammenhang mit Leistungslohnarbeiten stehen (Abschnitt II C 8 2 i), RKV S. 30) anzuwenden.

Berlin, den 31. August 1951.

Deutsche Reichsbahn	Industriegewerkschaft Eisenbahn
Der Generaldirektor	im FDGB
gez. i. V. Hetz	Zentralvorstand
	L.S. gez. Seeger

(123/300/7679/51 v. 8. 10. 51 / 31 623)

Protokollerklärung GDR 485

zum Rahmen-Kollektivvertrag für die Dienststellen und Betriebe der Deutschen Reichsbahn vom 11. Juni 1951

Die Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn und der Zentralvorstand der Industriegewerkschaft Eisenbahn erklären zum Abschnitt II E des Rahmen-Kollektivvertrages: Die Betriebsassistenten sind der besonderen Eigenart und dem Ziel ihrer Ausbildung entsprechend nach Abschnitt II E Ziffern 4 und 9 des Rahmen-Kollektivvertrages zu entlohnen.

Betriebsassistenten, die bereits eine höhere Entlohnung erhalten, als im Abschnitt II E Ziffern 4 und 9 des Rahmen-Kollektivvertrages vorgesehen, ist die höhere Entlohnung bis zur Beendigung ihrer Ausbildung zu zahlen.

Berlin, den 1. September 1951.

Deutsche Reichsbahn	Industriegewerkschaft Eisenbahn
Der Generaldirektor	im FDGB
gez. Kramer	Zentralvorstand
	gez. Seeger

(123/300/4852/51 v. 8. 10. 51/31 623)

GDR 486

Betr.: Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Erholungsurlaub — Zusatzurlaub in bestimmten Produktionszweigen — vom 30. September 1951.

Im Gesetzblatt der DDR Nr. 117 vom 4. Oktober 1951 ist auf Seite 880 oben angegebene Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Erholungsurlaub (siehe Anlage A zum Mitteilungsblatt 10/51 S. 186) veröffentlicht worden. Die Durchführungsbestimmung hat nachstehenden Wortlaut:

Auf Grund des § 5 Absatz 4 der Verordnung vom 7. Juni 1951 über Erholungsurlaub (GBl. S. 547) wird in Übereinstimmung mit dem Bundesvorstand des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes folgendes bestimmt:

- § 1. 1. In allen Betrieben der Produktionszweige Bergbau, Metallurgie, Grundstoff-Chemie, Energie, Eisenbahn, Zementindustrie und feuerfeste Industrie kann Betriebsangehörigen mit mehrjähriger ununterbrochener Tätigkeit im gleichen Betrieb zusätzlicher Urlaub gewährt werden.
2. In bestimmten Betrieben im Bereiche des Ministeriums für Maschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik kann Betriebsangehörigen mit mehrjähriger ununterbrochener Tätigkeit im gleichen Betrieb gleichfalls zusätzlicher Urlaub gewährt werden. An die Betriebsleitungen dieser von den Ministerien für Maschinenbau und für Arbeit der Deutschen Demokratischen Republik bestimmten Betriebe ergehen unmittelbar vom dem Minister für Maschinenbau der Deutschen Demokratischen Republik entsprechende Anweisungen.
- § 2. 1. Der zusätzliche Urlaub für Betriebsangehörige beträgt im Urlaubsjahr bei mindestens dreijähriger ununterbrochener Tätigkeit im gleichen Betrieb einen Tag, bei mindestens fünfjähriger ununter-

- *brochener Tätigkeit im gleichen Betrieb zwei Tage, bei mindestens zehnjähriger ununterbrochener Tätigkeit im gleichen Betrieb drei Tage.
2. Der zusätzliche Urlaub kann im Urlaubsjahr gewährt werden, wenn die mindestens drei-, fünf- oder zehnjährige ununterbrochene Tätigkeit im gleichen Betrieb vor dem 30. Juni des Urlaubsjahrs vollendet wird.
- § 3. Ist ein Anspruch auf Zusatzurlaub für langjährige ununterbrochene Tätigkeit auch aus anderen gesetzlichen Bestimmungen herzuleiten, so wird Zusatzurlaub aus diesem Grunde nur einmal gewährt nach der für den Urlaubsberechtigten günstigeren Regelung.
- § 4. Die Betriebsleiter haben dafür Sorge zu tragen, daß Bestimmungen über zusätzlichen Urlaub gemäß dieser Durchführungsbestimmung in den abzuschließenden Betriebskollektivverträgen Aufnahme finden. In den bereits abgeschlossenen Betriebskollektivverträgen erfolgt die Aufnahme dieser Bestimmungen als Nachtrag zum Betriebskollektivvertrag.
- § 5. Diese Durchführungsbestimmung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1951 in Kraft.

Ministerium für Arbeit
gez. Chwalek
Minister

In die neu abzuschließenden Betriebskollektivverträge und in die zu erstellenden Nachträge für die bereits abgeschlossenen Betriebskollektivverträge sind die Bestimmungen des § 2 der vorstehenden Durchführungsbestimmung als Regelung über zusätzlichen Urlaub aufzunehmen. Ist der Abschluß von Betriebskollektivverträgen infolge Fehlens der dafür erforderlichen Voraussetzungen nicht möglich, so ist der Zusatzurlaub gleichfalls nach vorstehender Durchführungsbestimmung zu gewähren.

Da die im § 2 dieser Durchführungsbestimmung enthaltene Regelung in jedem Falle günstiger ist als die Regelung über die Gewährung von Zusatzurlaub nach der Verordnung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Deutschen Reichsbahn und der Lage der Eisenbahner in der DDR vom 9. Oktober 1950 (GBl. S. 1063), ist der § 17 der Verordnung vom 9. Oktober 1950 und der § 5 (1) der hierzu ergangenen Ersten Durchführungsbestimmung vom 6. Februar 1951 (Mitteilungsblatt Nr. 5/51, S. 86/87) nicht mehr anzuwenden.

Im übrigen ist der zusätzliche Urlaub gemäß vorstehender Regelung auch dann zu gewähren, wenn dadurch der nach § 34 des Gesetzes der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) und nach § 5 der Verordnung über Erholungsurlaub vom 7. Juni 1951 zulässige Jahreshöchsturlaub von 24 Tagen überschritten wird.

Die Bestimmungen über die Beschäftigungsdauer und über die Anrechnung von Beschäftigungszeiten (§ 5 [2] [3] der Ersten Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der DR und der Lage der Eisenbahner in der DDR vom 6. Februar 1951) sind weiterhin anzuwenden.

(GDR 123/1/306/7742/51 v. 16. 10. 51/31 578)

GDR 487

Betr.: Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der bei der Deutschen Reichsbahn im Gebiet der DDR vorkommenden Lohneinkünfte

In der im Mitteilungsblatt der Deutschen Reichsbahn Nr. 12/51 S. 220—222 abgedruckten Übersicht über die steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der im Bereich der Deutschen Reichsbahn vorkommenden Lohneinkünfte (DDR) ist unter der lfd. Nr. 25 ein Druckfehler unterlaufen, der wie folgt berichtigt wird:

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Einkünfte	steuerliche Behandlung	sozialversicherungsrechtliche Behandlung
25)	Unterrichtsvergütung		
a)	für Ausübung einer haupt- oder nebenberuflichen Lehrtätigkeit in einem festen Arbeitsverhältnis	vollsteuerpflichtig	sozialabgabepflichtig
b)	für freiberuflich ausgeübte Lehrtätigkeit (z. B. Gastdozenten)	14%	sozialabgabepflichtig, wenn der Arbeitsverdienst aus der betreffenden Lehrtätigkeit mehr als 1/2 des Verdienstes eines gleichartig Beschäftigten beträgt.

(GDR 123 - 1/316/7615/51 v. 4. 10. 51/31 578)

Betr.: Ausbildung der Rangierarbeiter

GDR 488

Es ist festgestellt worden, daß sich rund 80 % der Betriebsunfälle im Rangierdienst ereignen. Dies ist zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen, daß die Rangierarbeiter für ihre Tätigkeit nicht ausgebildet, sondern nach kurzer örtlicher Einweisung im Rangierdienst eingesetzt werden. Körperverletzungen, oft mit tödlichem Ausgang, und erhebliche wirtschaftliche und finanzielle Schäden durch Zerstörung oder Beschädigung der Betriebsmittel und des Frachtgutes sind die Folgen. Besonders gefährdet sind neu eingestellte Kräfte, die vorher noch nicht mit dem Eisenbahnbetrieb in Berührung gekommen sind.

Um die Unfallgefahr herabzumindern, sind neu eingestellte Rangierarbeiter vor ihrem praktischen Einsatz im Rangierdienst nach nachstehendem Plan auszubilden. Die Ausbildung ist von der Dienststelle zu veranlassen, bei der die Rangierarbeiter nach beendeter Ausbildung im Rangierdienst eingesetzt werden.

Die Lohnkosten während der Ausbildung fallen dem Konto 424 „Lohn für An- und Umlernarbeiten“ zur Last.

Ausbildungsplan

- 2 Wochen Beschäftigung in der Bahnunterhaltung — Kennenlernen des Oberbaues der Weichen und der Signale —
- 2 Wochen Beschäftigung im Bw oder Bww bei der Wageninstandsetzung — Kennenlernen der Wagenarten und ihrer Einrichtungen, insbesondere der Kupplungs-, Brems-, Schmier- und Türverschlußvorrichtungen —
- 2 Wochen Praktische Unterweisung im Rangierdienst;
- 2 Wochen Lehrgang bei einer Reichsbahnschule.

Am Schluß des Lehrgangs wird der Rangierer formlos geprüft; dabei sind folgende Fähigkeiten und Kenntnisse nachzuweisen:

- Fertigkeit in der Handhabung und Kenntnis der Kupplungs-, Brems-, Schmier- und Türverschlußvorrichtungen, Kenntnis der Wagengattungen und der einzelnen Teile der Wagen,
- zuverlässige Ausführungen aller vorkommenden Rangierbewegungen,
- Kenntnis der Signale und der wesentlichsten Bestimmungen für den Rangierdienst,
- Kenntnis der mechanischen Vorrichtungen an den Abfahrbergen (z. B. Wagenantriebe, Gleisbremsen, Rangierwinden).

Wenn Arbeiter aus der Bahnunterhaltung oder aus dem Bw, Bww oder RAW zum Rangierdienst übertreten wollen, so kann die Ausbildung unter a) oder b) entfallen, wenn die dort geforderten Kenntnisse vorhanden sind.

Wegen der Durchführung der Lehrgänge ergehen Einzelanordnungen von der Abt. XV der GDR.

(123 - 6/373/6890/51 v. 4. 10. 51 — 31 424) gez. Kramer

GDR 489

Betr.: Hinweise zur Anwendung der Dritten Durchführungsbestimmung vom 26. Mai 1951 (GBl. 1951 S. 501) zur Verordnung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Deutschen Reichsbahn und der Lage der Eisenbahner in der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Oktober 1950 (GBl. 1950 S. 1063)

Bei der Anwendung der mit der Dritten Durchführungsbestimmung zu der Verordnung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Deutschen Reichsbahn und der Lage der Eisenbahner bekanntgegebenen Tabellen I und II sind Zweifel darüber entstanden, welche Dienststellen zum Verkehrs-, Betriebs- und Betriebsmaschinenendienst, Fernmelde- und Signalwesen usw. gehören und welcher Personenkreis zu den Tätigkeitsgruppen I, II und III gehört. Zur Beseitigung der aufgetretenen Zweifel werden nach Anhören des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn nachstehende Hinweise gegeben.

I.

Es gehören zu den Dienststellen des

Verkehrs: die Güterabfertigungen, Eilgutabfertigungen, Umladehallen, Gepäckabfertigungen, Fahrkartenausgaben, Bahnhofskassen, Haltepunkte und Haltestellen mit reinen verkehrsdienstlichen Aufgaben;

Betriebes: die Bahnhöfe, Haltepunkte und Haltestellen;

Betriebsmaschinenendienstes: die Bahnbetriebswerke, S-Bahnbetriebswerke, Bahnbetriebswagenwerke, Kraftwagenbetriebswerke, Eisenbahnausbesserungszüge, Bahnkraft-

werke, Starkstrommeistereien, Fahrleitungsmeistereien, Starkstromwerkstatt Berlin, S-Bahnwerk Markgrafendamm, Betriebsstoffhauptlager;

Sicherungs- und Fernmeldedienstes: Signal- und Fernmeldewerkstätten, Signalmeistereien, Fernmeldemeistereien, Signal- und Fernmeldemeistereien, Signalbauzüge, Fernmeldebauzüge.

Alle übrigen Reichsbahnstellen gehören zur III. Tätigkeitsgruppe; wie die Generaldirektion, Technisches Amt, Hauptwagenamt, Hauptprüfungsamt, Reichsbahndirektionen, Prüfungsämter, Reichsbahnämter, S-Bahnamt, Vermessungsämter, Neubauämter, das Deutsche Ausgleichamt, Chemisches Versuchsamtsamt in Kirchmöser, die technischen Versuchsanstalten, die Reichsbahnschulen, Verkehrskontrollen I und II, Fahrkartenverwaltungen, Fahrkartendruckereien, Druckereien, Drucksachenlager, Lochkartenstellen, Kleiderkasse, Fundbüros, Stellen der betrieblichen sozialen Einrichtungen, Bahnmeistereien, Hochbaumeistereien, Brückenmeistereien, Gleisbauzüge, Weichenbauzüge, Hochbauzüge, Brückenbauzüge, Gleisbaukraftmaschinenwerkstätten, Oberbaustofflager, Oberbaustoffgerätelager, Baustofflager, Weichenlager, Holztränkanstalten, Schwellenlager, Baustoffprüfstellen und Reichsbahngärtnereien.

II.

Zu den Tabellen I und II gehören nur die Personengruppen, die in diesen Tabellen aufgeführt sind, alle übrigen gehören zur III. Tätigkeitsgruppe. Diese Tabellen mit der Maßgabe zu erweitern, daß diese oder jene Berufsgruppe sinngemäß zu einer der aufgeführten Gruppen gehöre, ist nicht statthaft. Zur richtigen Anwendung der Tabellen werden folgende Hinweise gegeben:

Zu Tabelle I, lfd. Nr.

1. Hierzu gehören auch die Dienststellenleiter der Bahnmeistereien;
2. Vertreter des Dienststellenleiters unter der Voraussetzung, daß sie die Geschäfte des Dienststellenleiters in den letzten zwei Jahren überwiegend wahrgenommen haben und solche, die auf Dienststellen der Klasse I als ständige Vertreter, auch bei Anwesenheit des Dienststellenleiters tätig sind;
3. Gruppenleiter, Abteilungsleiter und Werkingenieure bei den unter Abschnitt I aufgeführten Dienststellen des Verkehrs, Betriebs, Betriebsmaschinenendienstes, des Sicherungs- und Fernmeldedienstes und der Reichsbahnausbesserungswerke;
4. Innerer und äußerer Wagendienst und Wagensammelstellen bei den Dienststellen, Unterverteilungsstellen bei den Ämtern;
5. Bahnsteigaufsicht und Aufsicht in den Zugbildungsanlagen der Bahnhöfe;
12. Als Fahrmeister gelten auch die Leiter der Einsatzstelle für das Zugbegleitpersonal (früher Kommandierrolle genannt);
16. Zu den Betriebsüberwachern — ausgenommen bei den Zugleitungen und Zugüberwachungen — gehört auch die Oberaufsicht über mehrere Aufsichtsbezirke oder über den Gesamtbereich eines Bahnhofs;
24. bis 26. Zur Meistergruppe gehören nicht nur die Leiter von Meistereien, sondern auch alle übrigen Oberwerk-

meister, Werkmeister und Werkführer auf Arbeitsplätzen für Oberwerkmeister, Werkmeister und Werkführer.

Zu Tabelle II lfd. Nr.

2. Zum Abfertigungsdienst gehören die Eisenbahner, die die Abfertigung von Expres-, Eil- und Frachtstückgut, Wagenladungen, Gepäck und Tieren durchführen. Zur Abfertigung gehört: die Vorprüfung, Annahme, Frachtberechnung und -Buchung im Versand und Empfang, der Schalter- und Güterkassendienst, die Auslieferung und die Rechnungslegung. Zum Abfertigungsdienst gehören nicht die Gepäck- und Güterbodenarbeiter, die Beschäftigten in den Bahnhofskassen und die Beschäftigten in den Geschäftsstellen der Verkehrsdienststellen, wie Personalsachbearbeiter, Lohnrechner;

Hinweis auf Veröffentlichungen im Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik

Die Ausgabe Nr. 105/51 enthält u. a.:

Verordnung über die Verbesserung der Sozialversicherung im Falle der Arbeitsunfähigkeit .. S. 811

im Verordnungsblatt für Groß-Berlin

Teil 1 Heft 17/51 enthält u. a.:

H. Kienast gibt eine Erklärung zu der Frage:
„Wer hat Anspruch auf Bezahlung von Überstunden“ S. 399

in Fachzeitschriften:

„Die Arbeit“ Heft 8/51:

Rudolf Kirchner über die Rolle der technischen Intelligenz im Kampf um die Steigerung der Arbeitsproduktivität S. 419

3. Zum Ermittlungs- und Entschädigungsdienst gehören nur die Beschäftigten der äußeren Dienststellen;
15. Zu den Oberverkehrsüberwachern bei den Reichsbahndirektionen werden auch die Wagenverteiler bei den Reichsbahndirektionen gerechnet;
16. Zu den Zugleitern gehören auch die Lokleiter bei den Reichsbahnämtern;
17. Zu den Oberzugleitern gehören auch die Oberlokreiter bei den Reichsbahndirektionen;
18. Zu den Oberverkehrs- und Betriebsüberwachern gehören auch die Loküberwacher der OVBL bei der Generaldirektion und die Wagenverteiler im Hauptwagenlenkungsamt bei der Generaldirektion.
25. Als Facharbeiter gelten die Arbeiter, die Tätigkeiten verrichten, die eine abgeschlossene Berufsausbildung voraussetzen. Ihnen gleichzustellen sind die bei der Reichsbahn geprüften Hilfsarbeiter, wenn sie überwiegend handwerkliche Tätigkeiten verrichten, sowie die Schweißer, denen die Befugnis für die Ausführung von Schweißarbeiten zuerkannt worden ist.

(123/300/7678/51 v. 25. 9. 51 / 31 623)

gez. Hetz

XIII. Recht und Verwaltung

GDR 490

Betr.: A Herausgabe und Behandlung von Meßtischblattvervielfältigungen,

B Topographische Karten im Maßstab 1:25 000 bis 1:100 000,

C Druckgenehmigung von Karten und Plänen

A

Auf Grund der „Verordnung über Herstellung und Herausgabe von Karten und Plänen in der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 31. 5. 51, Gesetzblatt Nr. 67, wird die Herausgabe von Meßtischblattvervielfältigungen neu geregelt.

Entsprechend § 3 (3) der erwähnten Verordnung können Vervielfältigungen von topographischen Karten und Plänen im Maßstab 1:100 000 und größer zum Zwecke des Aufbaues unserer Volkswirtschaft „Nur für den Dienstgebrauch“ herausgegeben werden.

Anträge auf Herausgabe solcher Vervielfältigungen sind beim Ministerium des Innern über die Abteilung XIII der GDR einzureichen.

Aus dem Antrag muß hervorgehen:

- a) Antragsteller,
- b) Verwendungszweck mit eingehender Begründung,
- c) Blattnummer oder nähere Bezeichnung des Karteninhalts (Ortsangabe),
- d) Maßstabverhältnis,
- e) Anzahl der benötigten Ausfertigungen.

Nach Genehmigung durch das Ministerium des Innern werden die zur Herausgabe genehmigten Karten bis auf weiteres durch die Abteilung Vermessung bei den Ministerien des Innern der Länder ausgegeben. Für die weitere Behandlung dieses Kartenmaterials gelten folgende Richtlinien:

1. Nach Empfang ist das Kartenmaterial in ein Bestandsbuch einzutragen und ein lückenloser Nachweis über dessen Verbleib unter Angabe des verantwortlichen Bearbeiters zu führen. Die Karten müssen den Stempel „Nur für den Dienstgebrauch“ tragen und als solche behandelt werden.

2. Eine mechanische Vervielfältigung und Weitergabe des überlassenen Materials an fremde Stellen ohne Wissen und Einverständnis des Ministeriums des Innern der Deutschen Demokratischen Republik, Hauptabteilung Vermessungs- und Kartenwesen, ist untersagt.

3. Abzeichnungen dürfen nicht das Gitternetz und trigonometrische Punkte enthalten, und Vervielfältigungen hiervon dürfen nur in staatlichen Reproduktionsanstalten gefertigt werden.

Die Verwendung dieser Abzeichnungen und Vervielfältigungen darf auch „Nur für den Dienstgebrauch“ erfolgen.

4. Die Überlassung der Karten erfolgt vorerst auf die Dauer von sechs Monaten. Eine längere Überlassung muß rechtzeitig beim Ministerium des Innern, Hauptabteilung Vermessung und Kartenwesen, mit eingehender Begründung beantragt werden.

5. Ist nach Ablauf der Überlassungsfristen ein dauernder Verbleib der Karten für weitere Verwendungszwecke erforderlich, muß hierzu die Zustimmung des Ministeriums des Innern der DDR, Hauptabteilung Vermessung und Kartenwesen, eingeholt werden. Nach erteilter Zustimmung sind diese Karten dann als „Vertrauliche Verschlusssache“ zu behandeln.

6. Werden überlassene Karten im Außendienst verwandt, so kann die Mitnahme zu diesem Zweck nur unter persönlicher Haftung des Bearbeiters erfolgen. Hier- von ist eine Niederschrift aufzunehmen, in der die persönliche Verpflichtung zur streng vertraulichen Behandlung des genau bezeichneten, für den Außendienst erforderlichen Kartenmaterials enthalten sein muß.

Zur Vermeidung falscher Auslegungen der Bestimmungen des § 3 der Bezugsverordnung wird festgestellt, daß unter Landaufnahme jede Neumessung zur Herstellung neuer Kartenwerke, die an das Landesdreiecksnetz angeschlossen wird, zu verstehen ist.

Unter diesen Begriff fallen daher nicht:

- Fortführungsmessungen, Grenzfeststellungen, Abste- kungen und Kontrollmessungen für Bauvorhaben, Lage- und Höhennmessungen für einzelne Objekte sowie deren Auswertung,
- Ergänzungsmessungen zur Laufendhaltung von vor- handenen Spezialkarten und Plänen mit Ausnahme von topographischen Karten im Maßstab 1 : 5000 und kleiner.

Die Anfertigung von Flächennutzungs-, Bebauungs- und Fluchtlinienplänen darf „Nur für den Dienstgebrauch“ er- folgen. Abzeichnungen hiervon dürfen nur an Berechtigte, ohne etwaige Gitternetze, abgegeben werden.

B

Zur Herstellung einer Übersicht über die bei den Dienst- stellen der DR vorhandenen topographischen Karten im Maßstab 1 : 25 000 bis 1 : 100 000 ist von den in der An- schrift genannten Stellen bis zum 6. 10. 51 eine Zusam- menstellung zu fertigen, die folgende Angaben enthalten muß:

1. Maßstab,
2. Blattnummer,
3. Anzahl der Blätter,
4. Berichtungsjahr.

In diese Zusammenstellung sind die nach den unter A aufgeführten Bestimmungen bereits genehmigten Karten nicht aufzunehmen.

Die Karten sind blattweise, nach Maßstäben gesondert, fortlaufend zu numerieren. Hierbei sind die unter A 1) bis 6) festgelegten Richtlinien zu beachten.

C

Ergänzend zu unserer Verfügung — 134.2 621/51 — vom 15. 8. 51, betr. Druckgenehmigung von Karten und Plänen, wird mitgeteilt, daß die Herstellung, Zusammenstellung, Vervielfältigung, Herausgabe, Verbreitung und der Druck von Karten und Plänen aller Art druckgenehmigungs- pflichtig ist. Hierunter fallen auch Strecken- und Über- sichtskarten aus den Fahrplanunterlagen der DR.

Zu den staatlichen Reproduktionsanstalten gemäß Ab- schnitt A 3) dieser Verfügung gehören auch die Drucke- reien der DR, so daß Vervielfältigungen in diesen auch weiterhin angefertigt werden können.

Der unter B genannte Termin ist unbedingt einzuhalten. Fristverlängerung kann nicht genehmigt werden. Fehl- anzeige ist erforderlich.

(GDR 134 V 14 178/51 v. 26. 9. 51/31 971)

GDR 491

Betr.: Neuregelung des Passierscheinwesens

Bezug: Unsere Verfügung — Gd (134) V 14 173/51 — vom 20. 7. 51

Infolge Abgabe des Deutschen Personalausweises beim Be- treten von Dienststellen des Verkehrs ist es erforderlich, in Anlehnung an obige Bezugsverfügung, veröffentlicht im Mitteilungsblatt Nr. 11, Anlage A, unter GDR 387, das Passierscheinwesen neu zu regeln.

Zur einheitlichen Abfertigung der Besucher wird ein Pas- sierschein, Größe DIN A 6, nach folgendem Muster neu ein- geführt:

Muster		Gültigkeitstag
Deutsche Reichsbahn	Passierschein Nr. 000 001	Registrier-Nr.
(Dienststelle)		(für DPA)

Deutlich schreiben!

Zuname:	Vorname:		
geboren:	Beruf:		
Wohnort:	Kreis:	Straße:	Nr.:
Grund des Besuches:			
DPA Nr.:	Ausstellende Behörde:		
wünscht zu sprechen:	Abteilung:		
empfangen:	Zeit:	Uhr, verlassen:	Uhr
empfangen:	Zeit:	Uhr, verlassen:	Uhr
Betrieb betreten:	Uhr:	Betrieb verlassen:	Uhr
DPA einbehalten:	DPA zurückerhalten:		
(Unterschrift d. Diensthabenden)		(Unterschrift d. Besuchers)	

Die Neuregelung tritt mit ihrer Veröffentlichung im Mit- teilungsblatt der DR in Kraft.

Die RBDen und RAWe ermitteln sofort ihren Bedarf (zu- nächst für drei Monate) an Passierscheinen für ihren Bezirk und melden ihn umgehend der RBD Dresden.

Die noch vorhandenen Passierscheine sind, sofern sie nicht zu stark von dem neuen Muster abweichen, aufzubrauchen. (GdR 134 V 14 173/51 v. 5. 10. 51/31 971)

GDR 492

Betr.: Eingliederung der Wirtschaftsbereiche SFW in die Rbä

Nach der künftigen Struktur der DR stellen die Rbä die erste organisatorisch und wirtschaftlich selbständige Ein- heit dar. Der Amtsvorstand trägt für alle Aufgabengebiete und Reichsbahnstellen in seinem Bezirk die volle Verant- wortung, so daß es keine Reichsbahnstelle im Gebiet eines Amtes geben kann, die dem Amt nicht organisatorisch und wirtschaftlich unterstellt ist.



Wegen der technischen Besonderheiten wird aber für das Sicherungs- und Fernmeldewesen mit Wirkung vom 1. 10. 51 folgende Sonderregelung getroffen:

Das bei jeder Rbd bestehende Signal- und Fernmeldewerk (SFW) wird dem Reichsbahnamt unterstellt, in dessen Bezirk es liegt. Die in den Reichsbahnämtern vorhandenen Sfm — im Bezirk der RBD Berlin die Sm und Fm — bleiben wirtschaftlich und personell Teile des SFW.

Jeder Amtsvorstand ist für die Planung der Arbeiten, die Unterhaltung und den betriebssicheren Zustand der Sicherungs- und Fernmeldeanlagen in seinem Bezirk voll verantwortlich und hat demzufolge unmittelbares Weisungsrecht in bezug auf Abstellung festgestellter technischer Mängel an die Vorsteher der Sfm, Sm und Fm seines Bezirkes.

Die Bestimmungen der BStV sind also hinsichtlich der Verantwortlichkeit des Amtsvorstandes weiterhin gültig. Falls der AV nicht die technischen Voraussetzungen hierfür hat, hat er einen geeigneten Vertreter zu benennen, der von der Rbd zu bestätigen ist. Dieser Verantwortliche darf nicht dem Personal des SFW angehören.

Alle Veränderungen an den Sicherungs- und Fernmeldeanlagen bedürfen, wie bisher, der vorherigen Genehmigung der Rbd.

Der Leiter des SFW ist für die Erfüllung des Leistungsplanes, die Erledigung aller zusätzlichen Aufträge sowie für die gute und vorschriftsmäßige Ausführung aller Arbeiten der zum SFW gehörigen Dienststellen verantwortlich.

Die Abnahme dieser Arbeiten erfolgt durch das Rba, an dessen Anlagen die Arbeiten ausgeführt wurden.

Das SFW gehört wirtschaftlich mit allen seinen Werkstätten, Meisterreien usw. im Rahmen der Wirtschaftsgruppe Bahnanlagen als selbständige Wirtschaftseinheit zum Reichsbahnamt seines Sitzes.

Das Rechnungswesen des SFW mit allen Konten der Kl. 1—9 sowie dem Konto 039 und einem selbständigen BAB steht weiterhin unter der Leitung eines Finanzbuchhalters, der ab 1. 10. 51 dem Oberbuchhalter der Wirtschaftsgruppe Bahnanlagen unterstellt ist.

Für die Durchführung der Finanzbuchhaltung und Betriebsabrechnung gelten die bisherigen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß

- a) das SFW nicht mehr unmittelbar an die Rbd, sondern an die Wirtschaftsgruppe Bahnanlagen seines Sitzes angeschlossen ist,
- b) zu den Abschlußzeitpunkten die Werte der Finanzbuchhaltung des SFW in den Kontrollberichten der Wirtschaftsgruppe Bahnanlagen des Reichsbahnammtes mit auszuweisen sind.

Die bisherigen Wirtschaftsbereiche SFW schließen ihre Finanzbuchhaltung mit einer Schlußbilanz einschl. Ergebnisrechnung per 30. 9. 51 ab und legen diese zum 27. 10. 51 der zuständigen RBD vor.

Über die Durchführung dieser Verfügung berichten die Amtsvorstände, denen ein SFW unterstellt wird, bis zum 20. 10. 51 an die Bbden und diese bis zum 27. 10. 51 an die GDR, Abteilung XIII.

(Der Generaldirektor — Gd [134-1] 1149/51 v. 28. 9. 51/31 634.)

gez. Kramer.

GDR 493

Betr.: Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Deutsche Zentralverlag, Berlin O 17, Michaelkirchstr. 17, folgende Broschüre als Neuerscheinung herausgebracht hat:

Recht der Arbeit. 1. Ausgabe. Gesetze und Verordnungen der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiete des Arbeitsrechts nebst Durchführungsbestimmungen und dem Muster eines Rahmen-Kollektivvertrages.

Die Broschüre umfaßt 96 Seiten, Format Din A 5, und kostet —,70 DM. Weitere Ausgaben sind vorgesehen.

(135 — V 25 — 703/51 v. 4. 10. 51/31 635)

Betr.: Sporttaubenflüge

GDR 494

Es ist wiederholt festgestellt worden, daß Angehörige der Reichsbahn (in erster Linie Beschäftigte der Gepäckabfertigungen), besonders im Gebiet der Reichsbahn-

direktion Halle, Sporttauben infolge Fehlens eines verantwortlichen Flugleiters selbst zu Flügen auflassen.

Diese Handlungsweise ist keinesfalls statthaft, zumal das Auflassen von Sporttauben nur durch Mitglieder eines Sporttaubenvereins erfolgen darf, sofern diese im Besitz der polizeilichen Genehmigung sind.

Auf Grund der „Verordnung über die Regelung des Sporttaubenwesens vom 22. 12. 1950, Gesetzblatt der DDR Nr. 145/50, bedürfen Sporttaubenflüge der Genehmigung des für den Auflassungsort zuständigen Volkspolizeiamts. Wer ohne Genehmigung Sporttauben aufläßt, macht sich gemäß § 9 (1) obiger Verordnung strafbar und kann mit Gefängnis oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Um die Einleitung von Strafverfahren gegen Angehörige der Reichsbahn wegen unberechtigten Auflassens von Sporttauben auf Bahngelände zu vermeiden, weisen wir nochmals darauf hin, daß Angehörige der Reichsbahn keine Sporttauben zu Flügen auflassen dürfen.

Die Beschäftigten, besonders die der Gepäckabfertigungen im Bezirk der Reichsbahndirektion Halle, sind entsprechend zu unterweisen.

(GDR 134 V 14 67/51 v. 5. 10. 51/31 971)

Betr.: Veröffentlichung von Anzeigen GDR 495

Beim Lesen von Zeitungen und Zeitschriften muß immer wieder festgestellt werden, daß Dienststellen Inserate veröffentlichen, die für die volkswirtschaftlichen oder verwaltungsmäßigen Belange bedeutungslos sind und unnötig Geld und Papier beanspruchen, was mit dem Prinzip der Sparsamkeit nicht zu vereinbaren ist. In vielen Fällen handelt es sich um Glückwunschadressen, Anzeigen aus Anlaß von Jubiläen, Werbeanzeigen und um Anzeigen repräsentativer Art.

Stellenangebote und Reklameanzeigen in volkswirtschaftlich begründeten Fällen und bestimmten produktiven Zwecken dienende Anzeigen, Nachrufe und ähnliches sind hiermit nicht gemeint.

Zur Vermeidung unnötiger Ausgaben ist in Zukunft bei der Aufgabe von Anzeigen und Inseraten ein strengerer Maßstab anzulegen und diese Verfügung zu beachten.

(GDR 134 V 14 176/51 v. 5. 10. 51/31 971)

Berlin 235

Bekanntgabe gerichtlicher Bestrafungen

Durch Urteil der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Berlin — (5) 5 KLS 518 neu 51 (147/51) — vom 2. 8. 51 wurden verurteilt:

1. der ehemalige Hilfsladeschaffner Wilhelm Ridzewski, Gepäckabfertigung Berlin, Friedrichstraße,
2. der ehemalige Ladeschaffner Alexander Barczynski, beide

wegen schwerer passiver Bestechung — Verbrechen im Amte gemäß §§ 332, 359 StGB —

zu je einem Jahre Zuchthaus

und den Kosten des Verfahrens;

ferner wurden verurteilt:

1. der Ladeschaffner Wilhelm P. wegen schwerer passiver Bestechung unter Zubilligung mildernder Umstände, und
2. die Gepäckträger Erwin K., Josef Ch., Max W., Willi K., Willi N., Willy K., Kurt E., Paul K., Anton B. und Rudolf C. — sämtlich Gepäckabfertigung Berlin, Friedrichstraße —

wegen aktiver Bestechung — Vergehen nach § 333 StGB — jeweils zu 10 Monaten Gefängnis und den Kosten des Verfahrens.

Die zu Zuchthausstrafe verurteilten Ladeschaffner hatten an der Gepäckannahme des Bahnhofs Berlin, Friedrichstraße, das von den Reisenden aufzugebene Gepäck anzunehmen und zu prüfen, daß diese Gepäckstücke keine Handelsware enthalten, die nach dem Gesetz über den innerdeutschen Warenverkehr warenbegleitscheinpflichtig sind. Diese Prüfung war schriftlich zu bestätigen.

Sie hatten mehrfach die Gepäckbegleitscheine ohne Prüfung mit dem Prüfungsstempel versehen, wenn es ihnen von den mitangeklagten Gepäckträgern, die hierfür von den betr. Reisenden ein besonderes Trinkgeld erhalten hatten, übergeben worden war.

Die für diese „Gefälligkeiten“ erhaltenen Geldbeträge haben die Bestraften unter sich geteilt.

Das Urteil ist allen Beschäftigten des Verkehrsdienstes in geeigneter Weise bekanntzugeben.

(133 B 4 Rast 92/51 v. 24. 9. 51 / 25 009)

Berlin 236

Beschwerden aus der Öffentlichkeit veranlassen uns, darauf hinzuweisen, daß vielfach bei der Beschriftung von Hinweischildern, Aushängen, Losungen und dergleichen sowohl grammatische, orthographische als auch sachliche Fehler unterlaufen sind. U. a. werden beanstandet:

falsch: „Dieser Ausgang wird von 24 bis 6 Uhr geschlossen“,

richtig: „Dieser Ausgang wird von 24 bis 6 Uhr geschlossen gehalten“, oder
„Dieser Ausgang ist von 24 bis 6 Uhr geschlossen“,

falsch: „Die Züge nach Lichterfelde-Süd fahren ab sofort nach Teltow“,

richtig: „Die Züge Richtung Lichterfelde-Süd fahren ab sofort bis Teltow weiter“,

falsch: „Nach den Toiletten“ — „Nach dem Bahnsteig“,

richtig: „Zu den Toiletten“ — „Zum Bahnsteig“,

falsch: „Für den Frieden kämpft die deutsche und die polnische Nation — geführt von der mächtigen Sowjetunion“,

richtig: „Für den Frieden kämpfen usw.“

Alle Stellen werden deshalb aufgefordert, bei der Erteilung von derartigen Aufträgen und bei der Beschriftung darauf zu achten, daß künftig diese Fehler vermieden werden. Fehlerhafte Aufschriften sind zu berichtigen.

(134 V 32 Azm v. 18. 9. 51 / 25 061)

Magdeburg 86

Betr.: Umbenennung des Bahnhofes Magdeburg-Friedrichstadt

Ab 1. 10. 1951 wird der Bahnhof Mg-Friedrichstadt in „Mg-Brückfeld“ umbenannt.

(134 — V 12 — Ogs v. 11. 9. 51 / 1101)

Magdeburg 87

Betr. Einrichtung einer selbständigen Güterabfertigung in Blankenburg (Harz)

Am 1. 9. 1951 wurde in Blankenburg (Harz) eine selbständige Güterabfertigung eingerichtet, die in die Rangklasse II eingestuft wurde. Die bisher beim Bf Blankenburg (Harz) vereinigten Dienstgeschäfte der Ga, Fka, Gepa und Bfk gehen vom 1. 9. 1951 an auf die Ga Blankenburg (Harz) über.

(134 — V 12 — Ogs v. 11. 9. 51 / 1101)

Organisation

Schwerin 59

Ab 1. 9. 1951 (finanztechnisch ab 1. 10.) ist der Wirtschaftsbereich „Maschinentechnik“ RbAmt Rostock aufgeteilt, und zwar:

Wirtschaftsbereich „Maschinentechnik“ RbAmt Rostock und Wirtschaftsbereich „Maschinentechnik“ RbAmt Güstrow

Zum Wirtschaftsbereich „Maschinentechnik“ Rostock gehören das Bw Rostock mit Kbw-Teil, zum W.Bereich „Maschinentechnik“ Güstrow die Bw Waren und Güstrow.

Der W.Bereich Rostock erhält die Ordnungsnummer 35, der W.Bereich Güstrow die Nr. 32.

(Pr [117] F 1 Ogs/F 1459)

XIV. Soziales

Betr.: Nacharbeit für Jugendliche

GDR 496

Neben dem Gesetz der Arbeit § 45 ist die Verordnung über Jugendarbeitsschutzbestimmungen vom 13. 10. 47 in Kraft. Das Gesetz der Arbeit fordert, daß Jugendliche unter 16 Jahren sowie werdende und stillende Mütter zur Nacharbeit nicht zugelassen werden. Die Nachtzeit rechnet nach der Jugendarbeitsschutzverordnung von 20 bis 6 Uhr. Nacharbeit Jugendlicher im Alter von 16 bis 18 Jahren ist normalerweise ebenfalls abzulehnen. Nur in denjenigen Betrieben, in denen mehrschichtig gearbeitet wird, kommt der Einsatz Jugendlicher in der Nachtzeit überhaupt in Frage, aber auch nur dann, wenn der Jugendliche Mitglied einer Arbeitsbrigade ist, die in jeder 3. Schicht Nacharbeit leistet. Ist es aus betrieblichen Gründen (Stromkontingentierung zum Zwecke der Berufsausbildung) nicht zu umgehen, Jugendliche vorübergehend in der Nachtzeit zu beschäftigen, so ist dafür die Genehmigung der zuständigen Abteilung für Arbeit bei den Räten der Stadt- und Landkreise einzuholen. Diesem Antrag ist die Einwilligung der Eltern und eine ärztliche Begutachtung beizufügen, daß der Jugendliche der Nacharbeit körperlich gewachsen ist. Die 14stündige Ruhezeit vor bzw. nach der Arbeitszeit muß gewährleistet sein. Der Besuch der Berufsschule darf ebenfalls nicht gefährdet werden. In mehrschichtigen Betrieben dürfen Jugendliche im wöchentlichen Wechsel bis 22 Uhr beschäftigt werden, wenn sie über 16 Jahre alt sind.

Nach Absprache mit dem Ministerium für Arbeit in Berlin machen wir darauf aufmerksam, daß es sich bei der Nacharbeit für Jugendliche nur um vorübergehende Maßnahmen handeln darf. In jedem Fall muß der körperlichen Konstitution der Jugendlichen Rechnung getragen werden.

(GDR 143 — So 15 — 2499/51 v. 14. 9. 51)

XVI

GDR 497

Betr.: Arbeitsschutz und Personalunfallverhütung; weiße Schutzwesten für Weichenreiniger

Zum Schutze der Handweichenwärter und Weichenreiniger gegen persönliche Unfälle wurde eine weiße Schutzweste entwickelt und ausgegeben, um die genannten Beschäftigten bei ihrer Arbeit an Weichen der Umwelt besser sichtbar zu

machen. Mit Eintritt des Winters verfehlt bei Schneefall oder Schneelage die weiße Farbe der Weste in bezug auf Sichtbarkeit ihren Zweck. Bei dieser Umgebung hebt sich ein Mensch in normaler Kleidung in genügender Weise ab. Obwohl von uns immer betont wurde, daß die Schutzwesten bei Schneefall und Schneelage nicht zu tragen sind, weisen wir hiermit alle Dienststellen nochmals an, dieses Verbot unbedingt zu beachten.

(143 — So 15 — 2601/51 v. 8. 10. 51 — 31 657)

Betr.: Seuchebekämpfung

Magdeburg 88

hier Sauberkeit der Toiletten

Bei den Überprüfungen der sanitären Einrichtungen auf den Dienststellen wird immer wieder festgestellt, daß der Sauberkeit der Toiletten nicht die notwendige Beachtung geschenkt wird. Besonders sind hier die Anlagen gemeint, die nicht mit fließendem Wasser ausgestattet sind. Die Dienststellenleiter sind dafür verantwortlich, daß die Herrentoiletten mit Teeröl gestrichen werden und auch Chlorkalk gestreut wird. Die erforderlichen Desinfektionsmittel sind sofort anzufordern.

(141 — K 1 — v. 25. 9. 51/331)

Betr.: Bahnärztlichen Dienst

GDR 498

Das „Zentralinstitut für den bahnärztlichen Dienst“, Berlin W 8, Leipziger Str. 125 II, hält folgende Sprechstunden ab:

1 prakt. Ärztin (Tel. 64 032)

Montag bis Freitag von 8.15—13.00 und 14.00—16.00 Uhr, (außer Mittwoch) und

1 prakt. Arzt (Tel. 64 318)

Sonntagabend von 8.15—13.00 Uhr;

1 Chefarzt (Internist) nur nach vorheriger telef. Vereinbarung unter Nr. 31 446 oder 64 037;

1 Augenärztin (Tel. 64 768)

Dienstag von 14.00—16.30 Uhr, Sonntagabend von 9.00—12.30 Uhr;

1 Frauenarzt (Tel. 64 318)

Mittwoch und Sonntagabend von 9.00—12.30 Uhr;

1 Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt (Tel. 64 318)

Dienstag und Donnerstag von 13.30—15.30 Uhr;

- 1 Hautarzt (Tel. 64 319)
Montag und Donnerstag von 14.00—16.00 Uhr;
1 Röntgenärztin (Tel. 64 584)
Montag, Donnerstag und Freitag von 14.00—15.30 Uhr.

Ferner führt das Institut folgende Arbeiten aus:

Physikalische Behandlungen wie Kurzwellen-, Rotlicht-, Blaulicht-, Höhensonnenbestrahlungen, Heißluftbäder (ohne Massage) u. ä.

Laboratorium: EKG, Blutsenkungen, Blutbilder, Harnuntersuchungen u. ä.

Krankenscheine bzw. Verordnungen sind bei der ersten Behandlung unbedingt mitzubringen.

Auskunft betr. Sprechzeiten erteilt die Anmeldung unter Nr. 64 548,

Auskunft betr. physik. Behandlung bzw. Laborarbeit unter Nr. 64 317.

Das „Zentralinstitut für den bahnärztlichen Dienst“, Berlin W 8, Leipziger Str. 125 III, hält Sprechstunden nach vorheriger Anmeldung — auch telef. unter Nr. 64 328 — Montag bis Freitag von 8.15—13.00 und 14.00—18.00 Uhr (außer Mittwoch); Sonnabend von 8.15—12.00 Uhr.

Schmerzpatienten werden täglich in der Zeit von 8.15—9.00 Uhr abgefertigt.

(XIV — Der Chefarzt —)

(Der Belegschaft als Aushang bekanntzugeben!!)

XV. Schulung

Betr.: Mittel für Schulungszwecke

Bezug: Vfg. 112-801/51 v. 9. 3. 51

Für das laufende Geschäftsjahr sind für die RAWe bei den Reichsbahndirektionen Mittel für Unterrichtszwecke eingeplant. Diese Mittel wurden lt. Vfg. 112-801/51 vom 9. 3. 51 blockiert.

Ab sofort können die RAWe nach Rücksprache mit der RBD über ihre bei den RBDen eingeplanten Mittel der Konten 4191 und 2040 verfügen.

Die Mittel sind in erster Linie für die Anschaffung von Lehrmaterial und die Ausgestaltung der Unterrichtsräume zu verwenden. Es können verausgabt werden:

- | | |
|---|------------|
| | beim Konto |
| a) Vergütung an Angestellte für Unterricht | 2040 |
| b) Vergütung an Dritte | 2040 |
| c) Unterhaltung und Beschaffung von Geräten mit einer Nutzungsdauer von höchstens einem Jahr .. | 4191 |
| d) Drucksachen, Schreib- und Zeichenstoffe | 4191 |

GDR 499

- | | | |
|--|------|------------|
| e) Heizung | 4191 | beim Konto |
| f) Strom | 4191 | |
| g) Wasser | 4191 | |
| h) Sonstige Betriebsstoffe | 4191 | |
| i) Mieten | 4191 | |
| j) Ausgaben hauswirtschaftlicher Art | 4191 | |
| k) Verpflegung der Lehrgangsteilnehmer | 4191 | |
| l) Sonstige Ausgaben | 4191 | |

Im kommenden Jahre werden für die RAWe bei den RBDen keine Mittel bereitgestellt.

Die RAWe müssen deshalb die erforderlichen Unterrichtskosten selbst einplanen.

Die Finanzabteilung hat mitgezeichnet.

(151-1/S 7/267/51 v. 27. 9. 51 / 31 750)
V/VI

XVI. Personal

GDR 500

Dresden 130

Die Ausweise der Rb-Angestellten Margarethe Schlotte, geboren am 11. 4. 1910, Dienstaussweis-Nr. 2051 Sch 17, und der Zahnärztin Dr. Ingeborg Gleitsmann, geboren am 3. 9. 1923, Dienstaussweis-Nr. 2051 G 36, sind verlorengegangen und werden hiermit als ungültig erklärt.

Weiter werden die Ausweise folgender ehemaliger Rb-Angestellter für ungültig erklärt:

Franz Görlach, Abteilungsleiter, geb. 15. 12. 09,
Dienstaussweis-Nr. 2051 G 19;

Georg Simmosseg, Referent, geb. 29. 4. 94,
Dienstaussweis-Nr. 2051 S 12;

Freddy Fleischer, Oberreferent, geb. 20. 7. 17,
Dienstaussweis-Nr. 2051 F 12.

Personen, die im widerrechtlichen Besitz dieser Ausweise angetroffen werden, sind der Polizei zu übergeben.

(A XVI 161.2/172/51 v. 26. 9. 51 / 31 464)

Beachtung der Tauglichkeitsvorschriften bei Einstellung in den Reichsbahndienst

Mehrere Fälle geben Veranlassung, daran zu erinnern, daß Einstellungen in den Reichsbahndienst erst nach der festgestellten Tauglichkeit des Bewerbers durch einen Reichsbahnarzt erfolgen dürfen.

Einstellungen von Bewerbern, die den Tauglichkeitsvorschriften nicht entsprechen, dürfen nicht vorgenommen werden. Abweichungen hiervon bedürfen der Genehmigung der RBD.

Die Personalleiter der Ämter, die Personalbearbeiter und Dienststellenleiter der Reichsbahndienststellen sind für die Einhaltung dieser Verfügung voll verantwortlich.

(162 P 1 Pa v. 29. 9. 51 / 350)

Belohnung

Für die Entdeckung einer brennenden Wagenladung wurde dem Schrankenwärter Hans Dasse, Bm Grabow/Meckl., eine außerordentliche Belohnung gewährt.

(Vpr [121] A 16 Pbnsc / F 14 70)

Schwerin 60

XVII. Mitteilungen

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
VI 1/30 Ku/Hü/Wb

Berlin, 11. 8. 51

Rundverfügung Nr. 164

Betr.: Ermäßigung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung auf Grund der VO vom 22. 12. 50 (GBl. S. 1225)

Zur Klarstellung aufgetretener Zweifelsfragen und zur Gewährleistung der einheitlichen Durchführung obiger

Verordnung wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Arbeit das Folgende bestimmt:

1. In Fällen, in denen beide Ehegatten Lohn- oder Gehaltsempfänger sind, ist die Ermäßigung der Beiträge dem Ehegatten zu gewähren, für welchen die Voraussetzungen des § 4 der VO vom 22. 12. 50 und der dazu ergangenen 2. DB vom 25. 1. 51 (GBl. S. 65) zutreffen. § 1 Abs. 3 der 2. DB vom 25. 1. 51 ist jedoch hierbei zu berücksichtigen.

2. Ist ein Ehegatte Lohnempfänger, während der andere Einkünfte aus selbständiger und Unternehmer Tätigkeit erzielt, dann ist die Ermäßigung der Beiträge dem Lohnempfänger beim Vorliegen der übrigen Voraussetzungen zu gewähren.
3. Ist ein Ehegatte Lohnempfänger, während der andere Rente aus der Sozialversicherung bezieht, dann ist die Ermäßigung des Beitrages vorrangig dem Lohnempfänger zu gewähren.
4. Bruttoeinkommen im Sinne des § 4 der VO vom 22. 12. 50 ist der der Lohnsteuer unterliegende Arbeitsverdienst ohne Berücksichtigung von Freigrenzen und steuerfreien Beträgen mit Ausnahme von einmaligen Prämien und sonstigen einmaligen Sonderzuwendungen.
5. Bei geschiedenen und getrennt lebenden Ehegatten ist die Ermäßigung der Beiträge dem Elternteil zu gewähren, in dessen Haushalt die Kinder leben.
6. Für Kinder, die in Kinderheimen, Krankenhäusern und sonstigen Anstalten (internatmäßig) untergebracht sind, kann die Ermäßigung der Beiträge nicht gewährt werden.
7. Für Kinder, die in Kindertagesstätten bzw. Kindergärten halb- oder ganztägig untergebracht sind, ist die Ermäßigung der Beiträge zu gewähren.
8. Für den Monat der Einweisung und Entlassung aus der internatmäßigen Unterbringung nach Ziffer 6 kann die Ermäßigung der Beiträge gewährt werden.
9. Veränderungen durch Überschreitung der Altersgrenze werden am 1. des folgenden Monats wirksam. Bei Neugeborenen ist die Ermäßigung der Beiträge ab 1. des Geburtsmonats zu gewähren.
10. Bei wöchentlicher Lohnzahlung darf das vierteljährliche Bruttoeinkommen den Betrag von 1200 DM nicht übersteigen. Es ist daher wie folgt zu verfahren:
Bei vier Wochenlohnzahlungen innerhalb eines Monats darf das Bruttoeinkommen dieser vier Wochen den Betrag von 369,23 DM, bei fünf Wochenlohnzahlungen innerhalb eines Monats darf das Bruttoeinkommen dieser fünf Wochen den Betrag von 461,54 DM nicht übersteigen.
11. Bei Bezug von Kranken-, Schwangeren- oder Wochenlohn ist der Ausgleichsbetrag dann zu gewähren, wenn das Bruttoeinkommen des dem Beginn der Arbeitsunfähigkeit vorangegangenen Kalendermonats 400 DM nicht überstiegen hat.
Lag vor der Arbeitsunfähigkeit eine Beschäftigung von weniger als einem Monat vor, so ist der Ausgleichsbetrag dann zu gewähren, wenn das kalendertägliche Bruttoeinkommen den Betrag von 13,33 DM nicht überschritten hat.
12. Wird ein Beschäftigungsverhältnis vor Ablauf eines vollen Kalendermonats gelöst, dann darf die Ermäßigung der SV-Beiträge nur dann gewährt werden, wenn das kalendertägliche Bruttoeinkommen dieses Monats 13,33 DM nicht überschritten hat.
Bestand eine Beschäftigung keinen vollen Kalendermonat, ist wie vorstehend zu verfahren.
13. Bei Verlust des Stammbauschnittes der Lebensmittelskarte kann ausnahmsweise (von Fall zu Fall entscheiden) die Ermäßigung der Beiträge gegen Abgabe einer schriftlichen Erklärung gewährt werden.
Im Wiederholungsfall ist die Ermäßigung grundsätzlich abzulehnen. Mißbräuchliche Verwendung der Stammbauschnitte ist strafbar.
14. Voll- und Teil selbstversorgern ist die Ermäßigung der SV-Beiträge zu gewähren, soweit sie Lohn- oder Gehaltsempfänger sind und die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind.
15. Hat ein Lohnempfänger mehrere Beschäftigungsverhältnisse, so ist die Ermäßigung von dem Lohnschuldner durchzuführen, welcher im Besitz der ersten Lohnsteuerkarte ist. Dabei ist für die Beurteilung der Anspruchsberechtigung gemäß § 4 der Verordnung vom 22. 12. 50 (GBl. S. 1225) das gesamte Bruttoeinkommen zu berücksichtigen. In diesem Fall hat der Versicherte einen Nachweis über das in den weiteren Beschäftigungsverhältnissen erzielte Bruttoeinkommen zu erbringen.

16. Leben Kinder nicht ständig im Haushalt der Eltern (z. B. bei Großeltern), kann den Eltern die Ermäßigung der Beiträge nur dann gewährt werden, wenn in ihrem Personalausweis die Kinder als haushaltangehörig eingetragen sind und die Lebensmittelskartenabschnitte der betreffenden Kinder vorgelegt werden.

Nach dieser Rundverfügung ist ab 1. 8. 51 zu verfahren.

Ministerium der Finanzen
Abgabenverwaltung
gez. Guth

(VI 1/30/Ku/Hu/Wb v. 11. 8. 51)

Berlin 237

Die nächste Versteigerung von Fundsachen findet vom 3. 12. 51 bis 5. 12. 51 ab 10 Uhr vormittags in den Räumen der Fundhauptsammelstelle Berlin, Bf Bellevue, statt.
Einlaß: Gegen Westausweis.

Fundhauptsammelstelle Berlin

SVKE 90

Sozialversicherung Eisenbahn in Sachsen
Betr.: Rundschreiben der Sozialversicherung
Geschäftsstelle Eisenbahn in Sachsen

Folgende Rundschreiben sind von der obengenannten Geschäftsstelle verteilt worden:

Sonderrundschreiben v. 20. 6. 51 mit der lfd. Nr. 51
Rundschreiben v. 23. 7. 51 mit den lfd. Nrn. 52 bis 68.

Die Bellefierung ist über die Reichsbahnämter erfolgt. Es ist jedoch festgestellt worden, daß nicht jede Reichsbahn Dienststelle mit den Rundschreiben bellefirt worden ist. Wir bitten daher, den Erhalt der obengenannten Rundschreiben nachzuprüfen.

(I v. 25. 9. 51/24 05)

Sozialversicherung Eisenbahn in Sachsen

SVKE 91

Betr.: Monatliche Meldung der Arbeitsunfähigen

(Vorgang Sonderrundschreiben der SV-Geschäftsstelle Eisenbahn in Sachsen v. 20. 6. 51, lfd. Nr. 51)

In Ergänzung zu Punkt 2 des oben angeführten Sonderrundschreibens wird folgendes ausgeführt:

1. Bellefierung mit dem Formblatt „B 1“.
Die Formblätter „B 1“ (Vordruck III/17) werden jeweils rechtzeitig vor dem Termin an die Rb-Ämter abgesandt. Wir bitten diese Stellen, für recht schnelle Weitergabe an die unterstellten Dienststellen (Bahnhöfe, Bahnmeistereien, Bahnbetriebswerke usw.) besorgt zu sein. Die der RBD unmittelbar unterstellten Stellen erhalten diese Vordrucke von uns. Die Nebenstellen des SFW Dresden erhalten die Vordrucke von diesem. Bei Nichteingang der Vordrucke haben sich die Dienststellen zunächst an ihr Rb-Amt bzw. SFW zu wenden.
2. Dienststellen ohne arbeitsunfähig Erkrankte.
Sind am Stichtag (Jeweils Monatsletzter) auf einer Dienststelle keine arbeitsunfähig Erkrankten, ist eine Fehlmeldung erforderlich. Diese Meldung ist formlos auf Makulaturpapier abzugeben.

In Abschnitt B: Ausfüllung und Behandlung des Vordrucks „B 1“, ist unter Punkt 1 hinzuzufügen:

- d) Die Anzahl der Beschäftigten ist mit Rotstift auf der monatlichen Meldung in der rechten oberen Ecke mit zu vermerken. Ebenso ist die Zahl der Arbeitsunfähigen, soweit im Vordruck „B 1“ keine besondere Spalte vorhanden ist, anzugeben.

Im übrigen wird hierbei besonders darauf hingewiesen, daß die Meldungen, abgesehen der der RBD unmittelbar unterstellten Dienststellen und RAWe, nicht unmittelbar uns einzusenden sind, sondern pünktlich zum festgesetzten Termin (spätestens am 8. des Nachmonats) über das RBA (für die Signal- und Fernmeldemeistereien an den Wirtschaftsbereich). Das gilt auch für die Fehlmeldungen. Bei Nichteinhaltung dieser Maßnahme ist das RBA nicht in der Lage, die Vollzähligkeit der Meldungen zu überwachen.

Die prozentuale Berechnung des Standes der Arbeitsunfähigen ist nur nach dem Stand am Stichtage, das ist der letzte Arbeitstag im Monat, vorzunehmen.

Das Sonderrundschreiben vom 20. 6. 51 ist entsprechend zu ergänzen.

(I/1/03/030 v. 17. 9. 51/24 05)

Erscheint monatlich einmal. Anlagen nach Bedarf. Beiträge bitte laufend einsenden. — (125) Greif, Graphischer Großbetrieb, Werk II, Berlin N 54 - 17 - 1051 - 8886 - Lizenz-Nr. II/07 - Fö. v. 5. 10. 50.

XII. Arbeit und Lohn

	Seite		Seite
GDR 484	Erläuterungen Nr. 1 der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn und des Zentralvorstandes der IG Eisenbahn zum Rahmen-Kollektivvertrag vom 11. Juni 1951	GDR 487	Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung der bei der Deutschen Reichsbahn im Gebiet der DDR vorkommenden Lohneinkünfte
	260	488	Ausbildung der Rangierarbeiter
GDR 485	Protokollerklärung zum Rahmen-Kollektivvertrag für die Dienststellen und Betriebe der Deutschen Reichsbahn vom 11. Juni 1951	489	Hinweise zur Anwendung der Dritten Durchführungsbestimmung v. 26. Mai 1951 (GBl. 1951 S. 501) zur Verordnung zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Deutschen Reichsbahn und der Lage der Eisenbahner in der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Oktober 1950 (GBl. 1950 S. 1063)
	263		264
GDR 486	Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über Erholungsurlaub, — Zusatzurlaub in bestimmten Produktionszweigen — v. 30. September 1951		264
	263		

XIII. Recht und Verwaltung

	Seite		Seite
GDR 490	A Herausgabe und Behandlung von Meßtischblattvervielfältigungen	GDR 494	Sporttaubenflüge
	B Topographische Karten im Maßstab 1:25 000 bis 1:100 000,	495	Veröffentlichung von Anzeigen
	C Druckgenehmigung von Karten und Plänen	Berlin 235	Bekanntgabe gerichtlicher Bestrafungen
	265		267
GDR 491	Neuregelung des Passierscheinwesens	236	Beschriftung von Hinweisschildern, Aushängen usw.
	266		268
GDR 492	Eingliederung der Wirtschaftsbereiche SFW in die RbA	Magdeburg 86	Umbenennung des Bahnhofes Magdeburg-Friedrichstadt
	266		268
GDR 493	Neuerscheinungen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts	87	Einrichtung einer selbständigen Güterabfertigung in Blankenburg (Harz)
	267	Schwerin 59	Organisation
			268

XIV. Soziales

	Seite		Seite
GDR 496	Nacharbeit für Jugendliche	Magdeburg 88	Seuchenbekämpfung — hier Sauberkeit der Toiletten
	268		268
GDR 497	Arbeitsschutz und Personalunfallverhütung: weiße Schutzwesten für Weichenreiniger	GDR 498	Bahnärztlichen Dienst
	268		268

XV. Schulung

	Seite
499	Mittel für Schulungszwecke
	269

XVI. Personal

	Seite		Seite
GDR 500	Dienstaussweise	Schwerin 60	Belohnung
Dresden 130	Beachtung der Tauglichkeitsvorschriften bei Einstellung in den Reichsbahndienst		269
	269		

XVII. Mitteilungen

	Seite		Seite
	Ministerium der Finanzen Abgabenverwaltung VI/1/30/Ku Rundverfügung Nr. 164 — Ermäßigung der Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung auf Grund der VO vom 22. Dezember 1950 (GBl. S. 1225)	SVKE 90	Sozialversicherung Eisenbahn in Sachsen. Rundschreiben der Sozialversicherung. Geschäftsstelle Eisenbahn in Sachsen
	269		270
Berlin 237	Versteigerung von Fundsachen	91	Sozialversicherung Eisenbahn in Sachsen. Monatliche Meldung der Arbeitsunfähigen
	270		270

SECRET
SECURITY INFORMATION

25X1A

German Democratic Republic

FDD Abstract of [REDACTED]

GROSS AND NET VALUE OF 1949 AND 1950 AGRICULTURAL PRODUCTION IN THE GDR 2 pp; German;
25X1X [REDACTED]

25X1A

On the first half of the first page of this document, the market values of agricultural products are listed for 1949 - 1950, in million DM. The two columns, reading downward, are as follows: I. Vegetable products: rye, wheat, barley, oats, other grains; total grains. Legume. Potatoes, sugar beets; total root plants. Vegetables. Oil seeds, fiber plants, tobacco, hops; commercial plants, total. Hay and straw; fruit. Vegetable products, total. -- II. Animal products: Cattle, hogs, sheep, goats, horses, poultry, rabbits; livestock for slaughtering, total. Cow's milk, goat's milk, eggs, honey, wax, wool, skins; animal products, total. Surplus value of livestock, Animal products, total. Gross value of products.

The second half of the first page show the contribution of industry and the hand trades to the total agricultural product, in million DM. The list is as follows: Maintenance of buildings, maintenance of ~~mach~~ machines and tools, power consumption, liquid fuels, solid fuels, commercial fertilizer and insecticide; total.

The second page of the document first lists the value of agricultural products in DM per ton: Grain and legume, potatoes, sugar beets, oil seeds, fiber plants, tobacco, meat, milk, eggs, wool, honey, rye, wheat, barley 30%, barley 70%, oats, mixed grains, peas and beans, rape seed, and beets, ~~poppy~~ poppy seed, linen and hemp, linen fiber, hemp fiber. Following these are figures for the total vegetable crop, in dz /100 kilogram/ and in million DM, for 1948 and 1949, and similar figures for the fruit crop for 1948.

Further given are: Prices of horses: colts, yearlings, two-year olds, three-year olds, average additional value for each three year old animal. -- Prices of cattle: calves, per kilogram, and heifers of breeding class IV, III, II, and I.

[Foreign language document or microfilm of it [REDACTED] can be obtained from the CIA library, [REDACTED] 25X1A

25X1A
25X1A

Return to CIA Library

21 February 1952

SECRET